

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM 2. VIERTELJAHR 1965

Nichts deutet gegenwärtig auf ein Nachlassen der Hochkonjunktur hin. Das Wachstumstempo ist zur Zeit nicht geringer als es im 2. Halbjahr 1964 gewesen war, und auch für den weiteren Verlauf des Jahres kann damit gerechnet werden, daß es unverändert bleibt.

Hauptstützen der Konjunktur sind immer noch die Investitionsbereitschaft und die Investitionstätigkeit der Unternehmer; beides hat bisher nicht nachgelassen. Dabei wirken die *Ausrüstungsinvestitionen* besonders expansiv, während die *Bauinvestitionen* der Unternehmen wesentlich langsamer wachsen. Immerhin bilden sie aber zusammen mit der *Bautätigkeit der öffentlichen Hand* die zur Zeit alleinigen Wachstumskräfte auf dem Baumarkt; der *Wohnungsbau* stagniert demgegenüber. In ihren Dispositionen über die *Vorratshaltung* sind die Unternehmer in letzter Zeit sehr vorsichtig gewesen, nachdem sie ihre Lager offenbar ausreichend vergrößert haben. *Auslandsnachfrage* und *Ausfuhr* wachsen nach wie vor in einem gemäßigten Tempo; in den letzten Monaten war allerdings wieder eine leichte Beschleunigung zu verzeichnen. Auch der *staatliche Verbrauch*, der im vergangenen Jahr hinter der allgemeinen Entwicklung erheblich zurückgeblieben war, nimmt erneut stärker zu. Mehr und mehr entwickelt sich der *private Verbrauch* neben der Investitionstätigkeit zum Hauptträger der Hochkonjunktur; das entspricht dem normalen Ablauf der Konjunktur in der gegenwärtigen Phase. Nicht ganz in dieses Bild paßt allerdings die starke Spartätigkeit der privaten Haushalte; sie führt dazu, daß die Zuwachsrate des privaten Verbrauchs beachtlich niedriger ist als die der Netto-Einkommen der privaten Haushalte. Hiervon geht jedenfalls ein stabilisierender Einfluß auf die Konjunktur aus.

Die *Produktionszunahme* in der Industrie entsprach in den ersten vier Monaten dieses Jahres dem Durchschnitt der vorangegangenen drei Vierteljahre. Sie beruht weit überwiegend auf dem Produktivitätsfortschritt. Das Gesamtangebot an Waren konnte im bisherigen Verlauf dieses Jahres abermals durch eine ungewöhnlich kräftig wachsende *Einfuhr*, insbesondere an Fertigwaren, vergrößert werden.

Obwohl die Konjunktur im ganzen nicht übersteigert erscheint und nicht so „heiß“ ist wie die vorangegangenen der Jahre 1960/61 und 1955/56, steigen die Preise stärker als damals. Diese besorgniserregende Entwicklung

steht zur Zeit im Mittelpunkt der konjunkturpolitischen Diskussion. Für dieses Jahr rechnen die Konjunkturforschungsinstitute mit einem Anstieg sowohl des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus als auch des Niveaus der Verbraucherpreise um etwa 3 vH. Das entspricht fast dem Zinssatz für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist, der gegenwärtig 3,5 vH beträgt. „Besonders stark sind die Preise in der Industrie gestiegen, obwohl das Wachstum der Produktivität kaum schwächer war als das der Löhne und Gehälter“, stellen die führenden deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrem gemeinsamen Bericht über „Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1965“ fest. (Siehe Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 15. April 1965, S. 76.)

In diesem Bericht wird von den Forschungsinstituten angenommen, daß das Brutto sozialprodukt sowohl im 1. Halbjahr als auch im 2. Halbjahr 1965 gegenüber den entsprechenden Vorjahrszeiträumen um *real* 5 vH und *nominal* etwa 9 vH ansteigen wird. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt sogar Zuwachsraten von *real* 5,5 vH und *nominal* 10 vH voraus. Im 2. Halbjahr 1964 betragen die Zuwachsraten *real* 5,5 vH und *nominal* 9,5 vH.

Die *Industrieproduktion* war in den ersten vier Monaten dieses Jahres um 7,5 vH höher als im gleichen Vorjahrszeitraum. Das entspricht ungefähr den Jahreszuwachsraten in den letzten drei Vierteljahren des Jahres 1964. Den größten Produktionsanstieg verzeichnete die Investitionsgüterindustrie; ihre Produktion erhöhte sich um ein Zehntel. Die Wachstumsrate der Grundstoffindustrie betrug in den Monaten Januar bis April 8,5 vH, die der Verbrauchsgüterindustrie 8 vH. Hauptsächlich wegen des relativ schlechten Wetters war die Produktion des Bauhauptgewerbes im 1. Vierteljahr 1965 um 1,8 vH niedriger als im 1. Vierteljahr 1964; im April 1965 wurde der Stand des gleichen Vorjahrsmonats aber wieder um 4,5 vH übertroffen.

Weiter zunehmende Auftragseingänge

Die Auftragseingänge bei den Industrieunternehmen haben in den ersten vier Monaten dieses Jahres¹⁾ zugenommen, aber die Zunahme war nicht mehr so groß wie im vergangenen Jahr. Vom Januar bis zum April 1965 konnten die Industriefirmen — dem Werte nach — um 6 vH mehr Bestellungen in ihren Auftragsbüchern verbuchen als im glei-

1) Dieser Bericht wurde am 13. Juni 1965 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie sowie über den Außenhandel erst bis zum April 1965 vor.

chen Vorjahrszeitraum; damals hatte die Jahreswachstumsrate allerdings rund 19 vH betragen. Daß die Auftragseingänge sich nicht mehr so stark vergrößern, liegt in erster Linie daran, daß die Auslandsnachfrage nicht mehr so stürmisch ist wie sie es noch vor einem Jahr war. Die Auslandsbestellungen nahmen in den ersten vier Monaten dieses Jahres nur noch um 4 vH zu, während bei den Auftragseingängen aus dem Inland eine Zunahme um rund 7 vH zu verzeichnen gewesen war. Kennzeichnend für die gute Inlandskonjunktur ist das überdurchschnittliche Anwachsen der Investitionsgüterbestellungen durch inländische Unternehmen, nämlich um 13 vH, während die Investitionsgüterindustrie aus dem Inland und dem Ausland zusammengerechnet um 11 vH mehr Aufträge verbuchte. In den ersten vier Monaten waren die Auftragseingänge bei den beiden großen Bereichen der Investitionsgüterindustrie, im Maschinenbau um gut 12 vH und in der elektrotechnischen Industrie um rund 14 vH höher als im entsprechenden Vorjahrszeitraum.

In der Verbrauchsgüterindustrie füllten sich die Auftragsbücher im ersten Vierteljahr um 7,2 vH und im April um 3 vH stärker als in den gleichen Vorjahrszeiträumen.

Schwächere Auftragspolster als früher

Die Grundstoffindustrie hatte dagegen im April 1965 sogar um 3 vH niedrigere Bestellungen als im April 1964. Dies war ausschließlich die Folge (um 4 vH) zurückgehender Inlandsaufträge; dagegen lagen die Auslandsbestellungen um 2 vH über dem Stand vom April 1964. Im ersten Vierteljahr war bei den Unternehmen der Grundstoffindustrie noch eine — mit 2,2 vH allerdings nur schwache — Zunahme der Auftragseingänge festzustellen. Die rückläufige Entwicklung ist in erster Linie auf den — lagerzyklisch bedingten — Auftragsrückgang in der Stahlindustrie zurückzuführen. Die Stahlwarmwalzwerke verbuchten im ersten Vierteljahr 1965 um 12,5 vH weniger Aufträge als ein Jahr zuvor.

Dabei ist es bemerkenswert, daß seit Mitte des vergangenen Jahres nur noch die Bestellungen ausländischer Unternehmen — erheblich — höher sind als 1960, während die Auftragseingänge aus dem Inland unter dem Niveau von 1960 liegen. Diese Abschwächung der Nachfrage dürfte mit den ungewöhnlich stark angewachsenen Lagerbeständen des Handels in Höhe von anderthalb Millionen Tonnen zusammenhängen, auch bei den Stahlverarbeitern sollen Vorräte für zwei bis drei Monate vorhanden sein. Infolgedessen ist man bei den Stahlwerken etwas in Sorge, zumal die Auftragspolster der Walzwerke nicht sehr stark sind; sie gewährleisten nur knapp zwei Monatsproduktionen.

Auch der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten hat vor einigen Wochen darauf hingewiesen, daß die Auftragsbestände gegenwärtig nicht so groß seien wie in früheren Hochkonjunkturzeiten. Seit mehr als anderthalb Jahren entspricht der Auftragsbestand im Maschinenbau etwa sechseinhalb Monatsproduktionen gegenüber neun Monatsproduktionen im Boomjahr 1961. Als eine Besonderheit der derzeitigen Hochkonjunktur im Vergleich zu den vorangegangenen hat Walter Schmidt in der führenden deutschen Wirtschaftszeitung „Der Volkswirt“ (vom 23. April 1965, S. 683 ff.) herausgestellt, daß überhaupt „der Investitionsgüterindustrie heute durchweg die Auftragspolster (fehlen), die ihr früher über lange Strecken der Absatzflaute hinweggeholfen hatten. Selbst ein geringfügiges Nachlassen des Auftragseinganges wird daher rasch auf Produktion und Beschäftigung durchschlagen.“

Deshalb wäre es nicht zu verantworten, wenn über dem äußeren, im ganzen erfreulichen Bild der Konjunktur, diese Erscheinungen vernachlässigt würden. Als wichtigste Ursache hierfür sieht Schmidt an, daß es diesmal nicht zu einem Exportboom wie 1960/61 und 1955/56 gekommen ist.

Das Auslandsgeschäft der Industrie läßt gegenwärtig auch „keine Anhaltspunkte erkennen, die auf den Beginn einer neuen Aufschwungphase des Exports hinweisen könnten“, stellte das Bundeswirtschaftsministerium in seinem jüngsten Ende Mai veröffentlichten Vierteljahresbericht zur Wirtschaftslage fest. Die Konjunktur in wichtigen Außenhandelspartnerländern wie Italien und Frankreich spricht „zunächst gegen die Erwartung eines wieder stärkeren Auftriebs der Auslandsnachfrage. Dazu kommt, daß die heimische Industrie derzeit ganz überwiegend nicht unter dem Zwang steht, im Interesse einer ausreichenden Beschäftigung den Export zu forcieren. Die unterschiedliche Relation zwischen Auftragseingängen und Umsätzen im Inlandsgeschäft und im Export deuten vielmehr an, daß die Unternehmer nach wie vor die Inlandsnachfrage etwas schneller bedienen.“

In den ersten vier Monaten führte die westdeutsche Wirtschaft für 23 Md. DM Waren aus; das sind 8 vH mehr als im Januar bis April 1964. Im 1. Vierteljahr 1964 hatte die Jahreswachstumsrate noch 21 vH betragen. Die Restriktionsmaßnahmen in Frankreich und Italien — auf beide Länder entfiel 1963 allein ein Fünftel unserer Ausfuhr — haben sich dahingehend ausgewirkt, daß in die EWG-Länder insgesamt in den Monaten Januar bis April 1965 nur noch um 1,9 vH mehr exportiert wurde als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig stieg aber die Einfuhr aus diesen Ländern um 38,4 vH an, so daß sich der Ausfuhrüberschuß im Warenverkehr mit den EWG-Ländern von 2,2 Md. DM im Januar bis April 1964 auf

nur noch 130 Mill. DM im ersten Drittel dieses Jahres verminderte. Dieser Rückgang spiegelt sich genau im Warenverkehr mit allen Ländern wider: Der gesamte Ausfuhrüberschuß ging nämlich von 3,2 Md. DM in den ersten vier Monaten 1964 auf 1,1 Md. DM im entsprechenden Zeitraum 1965 zurück. Während die Ausfuhr, wie erwähnt, um 8 vH anstieg, erhöhte sich die Einfuhr viel stärker: um 21 vH auf 21,9 Md. DM. Weit überdurchschnittlich stieg dabei mit einer Zuwachsrate von 35,4 vH die Einfuhr von Fertigwaren. Das ist erfreulich, da hierdurch das Warenangebot vergrößert und der Wettbewerb auf den Inlandsmärkten verstärkt wird. An der gesamten Einfuhr haben die Fertigwaren immerhin einen Anteil von 44 vH.

Umschwung in der Zahlungsbilanz

In der Dienstleistungsbilanz und in der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen — zu denen z. B. die Wiedergutmachungszahlungen in das Ausland sowie die Entwicklungshilfeleistungen gehören — ergaben sich in den ersten vier Monaten 1965 ebenso wie im vorigen Jahr Defizite. Der stärkere Rückgang der Ausfuhrüberschüsse hat jedoch einen Umschwung in der Zahlungsbilanz der laufenden Posten bewirkt: während sie im Januar bis April 1964 einen Überschuß in Höhe von annähernd 1,3 Md. DM aufwies, ergab sich in diesem Jahr im gleichen Zeitraum ein Defizit von 1,1 Md. DM. Dieser Umschwung wird von der Bundesbank in ihrem Mitte Juni erschienenen Bericht für den Monat Mai 1965 begrüßt, weil er „in erheblichem Umfang zur Zurückerlangung des Gleichgewichts auf den inländischen Märkten beitragen wird“. Da der Rückgang der Ausfuhrüberschüsse im Rahmen eines wachsenden Ausfuhrvolumens erfolge, sei zu Besorgnissen kein Anlaß.

Ist durch den Umschwung in der Zahlungsbilanz schon die Gefahr der sogenannten „importierten Inflation“ gebannt? Die Bundesbank scheint diese Frage eher zu bejahen, wenn sie meint, daß nunmehr statt des „Inflationsimports“ Stabilität für die Inlandsmärkte „importiert“ wird. Anderer Ansicht ist Prof. Wilhelm Bauer, der Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Leiter des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung. In einem Referat vor dem Rheinischen Sparkassentag 1965, das er als „private Meinungsäußerung“ bezeichnete, verwies er auf Steigerungen der Einfuhr- und der Ausfuhrpreise, die auf die Preisentwicklung im Ausland zurückzuführen und in der Lage seien, das Preisniveau im Inland weiter nach oben zu treiben, auch ohne daß es dazu neuer Devisenzuflüsse bedürfe. Ein anderes Mitglied des Sachverständigenrates, Dr. Harald Koch, vertrat auf einer Veranstaltung der Deutschen

Volkswirtschaftlichen Gesellschaft am 17. März 1965 in Köln dieselbe Auffassung, indem er feststellte: „Seit Mitte letzten Jahres, seit die deutsche Industrie die in der konjunkturellen Vorphase geschaffenen Kapazitätsreserven einigermaßen voll nutzen kann, holen wir allmählich auf recht breiter Front die Preissteigerungen nach, die in anderen wichtigen Welt-handelsländern schon früher eingetreten sind. Deren Restriktionspolitik hat zwar verhindert, daß dieser Nachholprozeß wieder wie in früheren Jahren von hohen Leistungsbilanzüberschüssen begleitet war, doch der Erfolg dieser Restriktionspolitik geht ja nicht so weit, daß zum Beispiel das Preisniveau in Italien und in Frankreich auf den Stand zurückgeführt würde, den es vor der letzten Inflationswelle gehabt hat. Dies hat praktisch auch niemand erwartet und wer es nicht erwartete, mußte fest damit rechnen, daß dann eben wir die Anpassung nach oben vollziehen würden.“

Der Preisanstieg wird größer

Jedenfalls ist es eine weitere Besonderheit der gegenwärtigen Hochkonjunktur im Vergleich zu den vorangegangenen, daß der Preisanstieg stärker geworden ist. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung waren im 2. Halbjahr 1964 allein 37 vH der nominalen Zuwachsrates des Brutto-sozialproduktes erforderlich, um die gleichzeitigen Preissteigerungen auszugleichen; in den entsprechenden Konjunkturphasen im 1. Halbjahr 1960 wurden dafür 16 vH und im 1. Halbjahr 1955 erst 8 vH in Anspruch genommen. (Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, H. 1/65, S. 19.) Der Anstieg des Preisniveaus hat sich in den letzten Jahren spürbar beschleunigt. Während die durchschnittliche Steigerung des Preisniveaus in den fünfziger Jahren — nach der Korea-Krise — unter 2 vH im Jahr lag, betrug sie in den letzten Jahren annähernd 3 vH jährlich, und es ist zu befürchten, daß sie in diesem Jahr sogar 3 vH noch übersteigen wird.

„Dieser Preisanstieg ist keineswegs mit dem Ziel der Geldwertstabilität zu vereinbaren, auch dann nicht, wenn man diese Zielsetzung großzügig interpretiert“, stellen die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem schon erwähnten Bericht fest. Die Institute empfehlen eine Förderung der Einfuhr, und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung sieht ganz konkret die „Suspendierung der Umsatzausgleichsteuer“ als „das wichtigste Mittel in dieser Richtung“ an; außerdem meint es, daß „eine massive Verstärkung der öffentlichen Sparförderung... zur Zeit die beste Chance für konjunkturpolitische Aktivität“ bietet. Allerdings wird richtig erkannt, daß für die Aussetzung der Umsatzausgleichsteuer „am Ende einer Legislaturperiode so gut wie keine Aussichten“ bestehen. Und in dem

Gemeinschaftsbericht der Wirtschaftsforschungsinstitute heißt es resignierend: „Die Möglichkeiten, das Angebot durch Importe zu mehren und so dem Preisauftrieb entgegenzuwirken, finden ihre Grenzen in der Vorstellung, bestimmte Wirtschaftsbereiche gegen verstärkte Konkurrenz schützen zu müssen. Manche Schutzmaßnahmen hatten sogar Preiserhöhungen zur Folge. Zudem wurden Strukturveränderungen verhindert oder verzögert, die eine bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen erlaubt hätten.“

Konjunkturpolitische Untätigkeit der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat es wieder einmal versäumt, *rechtzeitig* die erforderlichen konjunkturpolitischen Maßnahmen zu ergreifen. Seit dem frühen Sommer 1964 habe die Bundesregierung nichts mehr für die Stabilität des Geldes getan, stellt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in seinem jüngsten Konjunkturbericht zu Recht fest. Die konjunkturpolitische Untätigkeit der Bundesregierung läßt sich auch durch noch so aufwendige Wahlpropagandaanzeigen des Bundeskanzlers — die von dem Steuergeld aller Staatsbürger bezahlt werden — nicht verschweigen. Wie wenig die Bundesregierung zu einer aktiven Konjunkturpolitik bereit ist, zeigt nicht zuletzt ihre Mißachtung des Jahresgutachtens des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage.

Statt dessen wird — im trauten Verein mit den Arbeitgeberverbänden — den Gewerkschaften der „Schwarze Peter“ zugeschoben. Es wird vor „übermäßigen“ Lohn- und Gehaltserhöhungen gewarnt, wobei wieder einmal der Produktivitätsfortschritt als Grenze bezeichnet wird. Wir haben uns an dieser Stelle des öfteren gegen diese einseitige Formel gewandt. Preissteigerungen, die die Gewerkschaften nicht zu verantworten haben, müssen in die Lohnerhöhungsquote eingehen: davon sind wir überzeugt. Doch lesen wir hierzu einige Stimmen der Wissenschaft: Auf der schon erwähnten Tagung der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft stellte ein weiteres Mitglied des Sachverständigenrates, Prof. Giersch, ausdrücklich fest, daß eine Orientierung der Löhne an der Produktivität nur berechtigt sei, wenn die Unternehmer ihrerseits jede Kostensenkung in Preissenkungen weitergeben und keine kostenunabhängigen Preissteigerungen vornehmen würden und wenn vor allem die Inflationsübertragung aus dem Ausland unterbunden wäre. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung sieht es als inkonsequent an, die Lohnerhöhungen allein für die Preissteigerungen verantwortlich zu machen, während man die Übernachfrage auf fast allen Märkten und sich daraus ergebende Spannungen auf dem Arbeitsmarkt dulde. Die Lohnerhö-

hungen seien die zwangsläufige Folge der Konjunktorentwicklung, die von der amtlichen Konjunkturpolitik nicht wirksam genug gesteuert wird, von der Finanzpolitik ganz zu schweigen.

Wissenschaftler gegen einseitige Bindung der Löhne an die Produktivität

Ganz eindeutig hat sich Prof. Helmut Meinhold in einem Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“ (vom 19. März 1965) dagegen gewandt, daß man von den Arbeitnehmern eine Begrenzung ihrer Lohnerhöhung auf 5 vH (die voraussichtliche Zunahme der Produktivität) erwartet, während das Sozialprodukt um etwa 9 vH wachsen wird. Prof. Meinhold geht davon aus, daß nicht nur von den Arbeitnehmern eine Nachfrage nach Waren ausgehe, sondern auch vom Staat, vom Ausland und von den Unternehmern. Solange diese sich preissteigernd verhalten, sei den Arbeitnehmern eine Bindung ihrer Löhne an die Produktivität wohl kaum zuzumuten. Wenn bei Lohnerhöhungen die „Inflationsquote“ nicht mit einkalkuliert würde, ginge der Anteil der Arbeitnehmerereinkommen am Sozialprodukt zurück, und „das ist doch wohl kaum zumutbar.“

Prof. Meinhold hat die Stellungnahme der Bundesregierung zum Gutachten der Sachverständigen untersucht und dabei festgestellt, daß sie mit zweierlei Maß mißt: Wenn es sich um das konjunkturpolitische Verhalten des Staates und der Unternehmer handelt, dann heißt es in der Stellungnahme: „Wir werden uns *bemühen*, es wird schließlich *akzeptiert* werden müssen, manche Unternehmer *sollten*“, wenn es aber um die Lohnpolitik geht, dann wird das Wort „*muß*“ verwendet. Dazu schrieb Prof. Meinhold: „Hannemann, geh du voran! Ist das nicht ein bißchen zu billig?“ Er fährt fort, daß er sogar ein Vorgehen der Tarifpartner in der Begrenzung auf die Produktivität fordern würde, „wenn eine aktuelle Notsituation bestünde, etwa die Gefahr einer akuten stärkeren Inflation oder eine Situation: wie nach 1948, als der Wiederaufbau absoluten Vorrang vor der Einkommenssteigerung genoß. Aber als Grundsatz in einer Situation, die bereits ein Jahrzehnt andauert und noch lange andauern kann, dieses Vorgehen zu fordern, und zwar gerade von denen zu fordern, die bei allem Fortschritt doch immerhin die sozial Schwächeren sind — nein, das geht zu weit“.

Tatsächlich haben in der Vergangenheit weder die Unternehmer noch staatliche Stellen ihre Nachfrage in Höhe des Produktivitätsfortschritts begrenzt. Das zeigt ein Vergleich zwischen 1950 und 1964 ganz deutlich, und das geht auch aus den Zuwachsraten für 1964 hervor: Von 1963 bis 1964 stiegen z. B. die Produktivität um 6,1 vH, die Investitionen um

14,3 vH, die Privatentnahmen der Selbständigen je Person um 9,5 vH, die Nettoarbeits-einkommen je Arbeitnehmer dagegen um gut 8 vH; um den gleichen Prozentsatz — der der Produktivitätsrate zuzüglich der Preissteigerungen um durchschnittlich 2,6 vH etwa entspricht — nahm auch der private Verbrauch zu. Diese Zahlen entlarven die Forderung der Arbeitgeber, die Löhne und Gehälter an die Produktivität zu binden, einmal mehr als reine Propaganda.

Auch für 1965 wird jetzt schon mit einer Zunahme der Investitionen gegenüber 1964 um 12,5 vH gerechnet bei einer vorausgeschätzten Produktivitätssteigerung von 5 vH, während der private Verbrauch, der weit überwiegend aus den Arbeitnehmereinkommen finanziert wird, voraussichtlich um 9 bis 9,5 vH zunehmen wird; für den Staatsverbrauch wird eine Zuwachsrate von 11,5 vH erwartet. Wieder einmal halten sich Staat und Unternehmer weniger zurück als die Arbeitnehmer.

Zuspitzung der Kohlenkrise

Ein weiteres Beispiel für die Untätigkeit der amtlichen Wirtschaftspolitik zeigt der Kohlenbergbau. Jahrelang hat die Bundesregierung hier die Probleme und Entscheidungen vor sich hergeschoben. Jetzt hat die Kohlenkrise einen neuen Höhepunkt erreicht. In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind die Haldenbestände an Steinkohle um nicht weniger als 5,4 Mill. Tonnen auf 13,2 Mill. Tonnen gestiegen; vor einem Jahr waren nur 6,5 Mill. Tonnen auf den Halden. Die Halden sind damit auf einen bisher nicht erreichten Stand angewachsen, obwohl die Steinkohlenförderung im ersten Drittel 1965 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahrszeit um etwa 4 vH niedriger war. Das in

den Halden gebundene Kapital wird bereits auf 1 Md. DM veranschlagt. In einer viel beachteten Pressekonferenz befürchtete der Generaldirektor der Rheinischen Stahlwerke, Söhnen, daß die Haldenbestände bis zum Winter auf 17 bis 18 Mill. Tonnen ansteigen werden. Er machte den aufsehenerregenden Vorschlag, alle Zechen in einer durch Gesetz zu schaffenden Einheitsgewerkschaft des Bergbaus auf privatwirtschaftlicher Basis zusammenzufassen. Dies sei erforderlich, um Kostenersparnisse aus der Betriebskonzentration optimal zu nutzen und um staatlich subventionierte Differentialrenten für die Eigentümer geologisch begünstigter Zechen zu vermeiden. Genau diese Vorteile — neben weiteren — hat indessen die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie schon lange für ihren Vorschlag, die Zechenunternehmen in Gemeineigentum zu überführen, angeführt. Jetzt hat die Gewerkschaft den Söhngen-Vorschlag begrüßt und auf eine Erklärung hingewiesen, die auf dem letzten Gewerkschaftskongreß vor einem Jahr zur geforderten Neuordnung des Bergbaus abgegeben wurde und wonach die Eigentumsfrage nicht vorrangig behandelt zu werden braucht. Von der Gewerkschaft wurde nunmehr die Bildung einer aus Vertretern der Regierung, der Bergbauunternehmen und der Gewerkschaft zusammengesetzten Kommission vorgeschlagen, die konkrete Maßnahmen zur Neuordnung des Bergbaus ausarbeiten solle. Trotz der Krisensituation wurde dieser Vorschlag jedoch sowohl von der Bundesregierung als auch von dem Unternehmensverband Ruhrbergbau abgelehnt; auch der Söhngen-Vorschlag fand nicht die Zustimmung des Unternehmensverbandes. Man begnügte sich mit einem dringenden Hilferuf an die Regierungen in Bonn und Düsseldorf.

Günter Pehl

PRAXIS DER ERWACHSENENBILDUNG

Bildungsarbeit an Berufsschülern

Die Frage nach Auftrag und praktischen Ansätzen evangelischer Industriejugendarbeit wird immer wieder gestellt. So sehr man sich über die Notwendigkeit derartiger Bemühungen einig sein wird, so unterschiedlich dürften die Formen, Erfahrungen und Ergebnisse dieser Jugendarbeit sein. In der Evangelisch-Lutherischen Volkshochschule Alexandersbad/Überfranken, wo seit Jahren u. a. auch besondere Freizeiten und seminarähnliche Veranstaltungen für Jugendliche aus Betrieben der gewerblichen Wirtschaft durchgeführt werden (vgl. GM 1/1965, S. 55 ff.), wurde im Früh-

jahr 1965 damit begonnen, ein neues Modell evangelischer Industriejugendarbeit zu versuchen. Über dieses Vorhaben sei hier kurz berichtet.

Im Januar dieses Jahres traten in der Evangelisch-Lutherischen Volkshochschule Direktoren, Lehrer und Religionslehrer an oberfränkischen Berufsschulen zusammen. Es wurde ein Kuratorium für die Berufsschularbeit im Schwerpunktbereich dieser ländlichen Heimvolkshochschule, d. h. im nördlichen und östlichen Oberfranken, gebildet. Dr. *Hartmut Kimmich*, der neue sozialpädagogische Mitarbeiter der Schule, wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt. In diesem Zusammenhang legte Dr. Kimmich, der selbst aus der Berufsschulpraxis kommt, die Notwendigkeit einer Aktivierung der Berufsschularbeit dar. Er berichtete, daß die bayerische Landeskirche die Förderung dieser Arbeit zugesagt habe. Das Gre-

mium wurde sich einig über die Grundsätze dieser außerschulischen Bildungsarbeit. Gleichzeitig umriß man das Arbeitsfeld und faßte erste Arbeitsvorhaben ins Auge. Im Kuratorium wurde u. a. über folgende Punkte Einigung erzielt:

1. Im Kuratorium soll auf Grund der Erfahrungen in der Berufsschularbeit versucht werden, eine Konzeption über Methodik, Thematik und Planung dieser Arbeit zu finden.
2. Die Arbeit geschieht zwar in der Regel an evangelischen Jugendlichen, schließt jedoch die Teilnahme katholischer Berufsschüler nicht aus.
3. Die Arbeit wird zunächst unterteilt in a) Einkehrtagungen an einem Berufsschultag (die dafür nötige Genehmigung des Kultusministeriums steht in Aussicht) und b) Schwerpunktarbeit außerhalb der Schule auf freiwilliger Basis.
4. Alle Veranstaltungen sollen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Berufsschullehrern durchgeführt werden.
5. Für 1965 ist eine Arbeit mit Klassensprechern der Berufsschulen im erwähnten Einzugsgebiet der Volkshochschule geplant. Hierfür werden jeweils ungefähr 30 Schüler, je ein Fach- und Religionslehrer an einem Berufsschultag von bestimmten Berufsschulen am Vorabend der eintägigen Veranstaltung per Bus nach Alexandersbad gebracht. Im Laufe dieses Jahres sollen bis zu 20 Veranstaltungen dieser Art in der Volkshochschule stattfinden.
6. Da die Finanzierung dieser Veranstaltungsreihe als gesichert bezeichnet werden kann, hat der einzelne Schüler lediglich einen Unkostenbeitrag in Höhe von 3 DM zu bezahlen, der für die Omnibusfahrt vom Berufsschulort nach Alexandersbad genommen wird.

Bis Anfang Mai 1965 fanden die ersten fünf Tagungen mit Klassensprechern von zehn oberfränkischen Berufsschulen statt. Dazu fanden sich wie vorgesehen jeweils 30 bis 40 Berufsschüler in Begleitung einiger Lehrkräfte in der Volkshochschule Alexandersbad ein. Auf dem Programm stand das Thema „Verdienen ohne Leistung?“ Abgesehen von dem Einführungsreferat über Sinn und Zweck derartiger Vorhaben und abgesehen von einem einleitenden Bildbericht über Formen kirchlicher Sozialarbeit, wie sie in Alexandersbad und andernorts versucht wird, hatte die Gesamtveranstaltung jeweils in der Hauptsache Gesprächscharakter. Die Anknüpfung ergab sich aus dem Film „Die Prämie“, in dem das Problem des Geldverdienens dargestellt ist. In der gemeinsamen Diskussion ging es um die Frage des Verdienens, insbesondere um die Erarbeitung der Motive, die dem Verdienen zugrunde liegen. In einer eineinhalbstündigen Gruppenarbeit waren die Schüler unter sich, um vorbereitete Fragen zu bearbeiten, die sich auf das Verhältnis von Verdienen und Leistung

bezogen. Der pädagogische Sinn lag darin, diese Wechselbeziehung von den jungen Leuten selbst aufdecken zu lassen. Nach der Mittagspause standen die Ergebnisse der Vormittagsdiskussionen zur Sprache.

Das Echo, das teils von Seiten der Schüler, teils von der Seite der Schulleitungen vorliegt, ist durchwegs positiv. Auch wo sich kritische Stimmen meldeten, wurde der Wunsch laut, nach Möglichkeit ähnliche Veranstaltungen in diesem Rahmen besuchen zu können. Damit dürfte der beabsichtigte Multiplikatoreffekt erreicht sein. Die Leitung dieser Gespräche mit Berufsschülern zieht daraus den Schluß, daß Jugendbildungsarbeit dieser Art dann verheißungsvoll erscheint, wenn man von dem Interessenbereich des jungen Menschen ausgeht, an Sachfragen ansetzt und auf die besondere Problematik des berufstätigen Jugendlichen Rücksicht nimmt. Vom Pädagogischen her sucht man die didaktischen Integrationsmöglichkeiten eines Ganztagsunterrichts zu nützen. Danach wäre jeweils die berufsbezogene, die gesellschaftsbezogene, schließlich die berufs- und gesellschaftsbezogene Sachfrage mit der theologischen Aussage zu konfrontieren.

Auf Grund des positiven Echos und der bisherigen Erfahrungen will man zunächst an dem Tagungstyp der 24stündigen Seminarveranstaltung festhalten. Zu diesem Zweck werden noch einige Tagungen mit den restlichen oberfränkischen Berufsschulen und deren Klassensprechern unter der gleichen oder einer ähnlichen Themenstellung durchgeführt werden. Darüber hinaus ist daran gedacht, unter anderer, ebenfalls berufsbezogener Thematik weitere Kurzseminare dieser Art zu veranstalten. Ein zweiter Tagungstyp ist die Wochenendveranstaltung. Hierfür will man vor allem gesellschaftsbezogene Fragen besprechen, die den jugendlichen Menschen angehen. — Als dritter Tagungstyp bieten sich die sogenannten, in Alexandersbad schon seit einigen Jahren mit gutem Erfolg praktizierten Jugendferiengespräche an. Sie erstrecken sich in der Regel über zehn bis vierzehn Tage und fallen in die Zeit des Betriebsurlaubs der Jugendlichen. In bezug auf die Thematik sollen in diesen Urlaubsseminaren sowohl berufs- als auch gesellschaftsbezogene Fragen nebeneinander behandelt werden. Die beiden letztgenannten Typen werden sich in Alexandersbad jedoch erst in der vorgesehenen Weise durchführen lassen, wenn das im Bau befindliche Heim für die Jugendarbeit als Erweiterungsbau der Volkshochschule, das „Dietrich-Bonhoeffer-Haus“, fertiggestellt sein wird. Damit wird im Spätsommer dieses Jahres gerechnet.

Im Rahmen der evangelischen Kirche in Bayern stellt diese Berufsschularbeit auf außerschulischer Basis ein Modell dar, das in der Großstadtsituation des Raumes Nürnberg und München in entsprechender Abwandlung ebenfalls versucht werden soll. *Gerhard Wehr*

DAS DOKUMENT

Solidarität mit den spanischen Arbeitern

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften und der Internationale Bund der Christlichen Gewerkschaften haben gemeinsam die Internationale Arbeitsorganisation aufgefordert, eine Mission nach Spanien zu entsenden. In einem Schreiben an Generaldirektor *Morse* betonten die beiden Generalsekretäre, *Omer Becu* für den IBFG und *Auguste Vanistendael* für den IBCG, den Ernst der Lage in Spanien und die Notwendigkeit einer schnellen Lösung für das Problem der Gewerkschaftsrechte. Sie ersuchten Generaldirektor *Morse*, dem Verwaltungsrat der IAO ihren Vorschlag zu unterbreiten, eine Mission zu einer ausführlichen Prüfung der Lage und der Möglichkeiten, die Ausübung freier Gewerkschaftsrechte schnell zu erreichen, nach Spanien zu entsenden.

Diese Aufforderung wurde auf einer Sitzung des *Gemeinsamen Spanienausschusses* des IBFG und des IBCG am 4. Juni 1965 in Genf beschlossen. Die gleiche Sitzung beschloß auch, gegen die Mandate des von der spanischen Regierung benannten Arbeitnehmersvertreters für die Internationale Arbeitskonferenz Einspruch zu erheben. Der Ausschuß nahm ferner die nachstehende Erklärung an:

„Der am 4. Juni 1965 in Genf tagende Gemeinsame Spanienausschuß des IBFG und des IBCG hat sich mit der jüngsten Entwicklung in Spanien befaßt. Er erinnert an die gemeinsame Erklärung der beiden Internationalen vom 23. Dezember 1960, in der sie sich feierlich verpflichteten, ihre gemeinsame Aktion so lange fortzusetzen, bis die grundlegenden Freiheiten, und insbesondere die Vereinigungsfreiheit, in Spanien wiederhergestellt seien, damit die spanischen Arbeiter in ihrer wiedergewonnenen Freiheit sich selbst die Organisationsform wählen könnten, die ihren Wünschen entspreche.

Der Ausschuß ruft die spanischen Arbeiter und die internationalen Gemeinschaften zur Wachsamkeit gegenüber Manövern auf, die dazu dienen sollen, die Diktatur zu verewigen. Er erklärt, daß die sogenannte Liberalisierungspolitik des Regimes der öffentlichen Meinung in Spanien und in der Welt nur vorge spiegelt wird, solange nicht die Gewerkschaftsrechte entsprechend den Übereinkommen 87 und 98 der IAO über die Gewerkschaftsfreiheit und das Recht auf Zusammenschluß und Kollektivverhandlungen gewährt werden.

Der Gemeinsame Ausschuß bekennt sich erneut zur *vollen Solidarität mit den spanischen Arbeitern* in ihrem Kampf um die Freiheit. Er ruft die gesamte freie Gewerkschaftsbewegung Spaniens und der Welt auf, ihre Tätigkeit zu koordinieren und auf allen Gebieten zusammenzuarbeiten.“

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Auf dem Weg zum dritten Weltkrieg?

„Am Rande des Abgrunds“ ist ein Leitartikel überschrieben, den die *Frankfurter Rundschau* in ihrer Nr. 133 vom 11. Juni 1965 veröffentlicht; Verfasser dieses Artikels ist *Heinz Pol*, der seit vielen Jahren als Korrespondent deutscher Zeitungen in Washington lebt und zu den besten Kennern der USA-Politik gerechnet werden darf. *Heinz Pol* schreibt:

„Die amerikanische Außenpolitik befindet sich in einer Krise, und Präsident *Johnson*, der die Außenpolitik in höchster Instanz entscheidet und für sie die Verantwortung trägt, ist das Objekt einer Vertrauenskrise von einem Ausmaß, wie man sie in der modernen Geschichte der USA kaum erlebt hat. Das sind starke Worte, aber sie sind einer Situation gemäß, in der nicht nur für Amerika, sondern für die ganze Welt ein Mangel an Offenheit und Klarheit zu höchst gefährlichen Resultaten führen kann.

Der Krieg in Vietnam wird in Europa noch immer in der Hauptsache als eine Angelegenheit angesehen, die nur die USA angeht. Als ein bedauernswerter lokaler Konflikt, der glücklicherweise sehr weit entfernt von all den anderen Krisen liegt, die die übrige Welt beschäftigen. Aber diese Auffassung ist von den Ereignissen längst ad absurdum geführt. Der Vietnam-Krieg ist schon lange keine lokale Angelegenheit mehr. Er ist zu einem Problem geworden, dessen Folgen allein deshalb unübersehbar sind, weil es mittlerweile ganz andere Dimensionen angenommen hat. Die Frage erhebt sich — und sie wird seit einigen Wochen in verantwortlichen amerikanischen Kreisen offen genug diskutiert —, ob der Vietnam-Konflikt, wenn er sich in derselben Richtung weiterentwickelt wie bisher, zum *dritten Weltkrieg* führen könne. Allein die Fragestellung enthüllt, wie ernst die Situation geworden ist.

Die Sorge um die Entwicklung in Südostasien, die von Tag zu Tag explosiver wird, bleibt auf sehr enge Kreise beschränkt. Man beschäftigt sich mit näherliegenden Problemen, an denen Europa ja keinen Mangel hat. Aber

alle Zukunftspläne über ein neues Europa, über eine neue NATO oder über ein wieder vereinigt Deutschland mögen von dem Feuerregen eines Krieges vernichtet werden, der von Südostasien aus den Erdball niederbrennt.

Man spricht davon — und glaubt damit schon den Höhepunkt einer pessimistischen Beurteilung erreicht zu haben —, daß sich der Vietnam-Konflikt in eine Art Korea-Krieg ausweiten könne. Präsident Johnson hat amerikanischen Truppen erlaubt, direkt in den Kampf einzugreifen. Die ersten australischen Kontingente sind in Saigon eingetroffen, Truppen aus Südkorea sind angekündigt, und der unermüdete *Tschiang Kai-shek*, der noch immer auf seine Stunde hofft, hat seine militärisch nicht zu unterschätzende Formosa-Armee angeboten.

Aber der Vergleich mit Korea hinkt, denn damals waren nur die USA (zusammen mit Kontingenten der freien Welt) und ein noch in den Kinderschuhen steckendes China in den Konflikt hineingezogen worden, während Moskau beiseite stand. Diesmal steht die Sowjetunion ganz und gar nicht abseits. Diplomatisch und militärisch konzentrieren sich die drei Weltmächte in immer stärkerem und gefährlicherem Maße auf den Vietnam-Schauplatz. Wenn diese Konzentrierung nicht in verhältnismäßig kurzer Zeit, nämlich vor Erreichung des sogenannten ‚point of no return‘ zu einer friedlichen Lösung führt, so muß sie unvermeidlich zunächst alle unmittelbar Beteiligten und dann die ganze Welt in die dritte und voraussichtlich letzte Katastrophe hineinreißen.

Kann dieser Lauf noch gestoppt werden? Der Kongreß scheint sich endlich etwas mehr für das zu interessieren, was in Südostasien gespielt wird. Die Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses haben angefangen, sich darüber zu wundern, ob der Präsident, trotz all seiner konstitutionellen Privilegien das Recht habe, einen regelrechten Krieg gegen ein anderes Land zu führen, ohne den Kongreß aufzufordern, eine formelle Kriegserklärung abzugeben. Zwar hat der Kongreß nach dem ersten Zwischenfall in der Tongking-Bucht im August 1964 dem Präsidenten unbeschränkte Vollmachten für Vietnam gegeben. Aber niemand dachte damals, daß der Konflikt die heutigen Ausmaße annehmen würde. Plötzlich sieht man sich vor eine Situation gestellt, mit der man nicht gerechnet hatte.

Nach Verfassung und Tradition ist und bleibt das Gebiet der Außenpolitik dem Präsidenten, seinem Kabinett und seinen Ratsgebern vorbehalten. Selbstverständlich besitzen beide Häuser des Kongresses ihre Außenpolitischen Ausschüsse, die in ständigem Kontakt mit dem Weißen Haus und dem Außenministerium stehen und von diesen über alle wichtigeren Entwicklungen in meist vertraulicher Form informiert werden. Infolge der

Vorrechte des Präsidenten und der engen Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative sind außenpolitische Debatten im Kongreß eine fast unbekannte Sache. Man vermeidet öffentliche Aussprachen, insbesondere dann, wenn die Meinungen geteilt sind. Statt dessen zieht man es vor, hinter geschlossenen Türen zu verhandeln und nach außen hin, besonders in Kriegszeiten, Geschlossenheit und Einigkeit zur Schau zu tragen.

Um so bedeutsamer ist eine Entwicklung zu bewerten, die sich jetzt anbahnt, und die darauf hinzielt, vom Kongreß her die Außenpolitik des Weißen Hauses nicht nur zu kritisieren, sondern auch zu beeinflussen und in eine andere Richtung zu lenken. Die erste Initiative geht von 28 Mitgliedern des Repräsentantenhauses aus, die den Auswärtigen Ausschuß aufgefordert haben, so schnell wie möglich öffentliche Sitzungen abzuhalten, die sich ausschließlich mit der Südostasien-Politik der Regierung beschäftigen. Es sollen Beobachter und Fachleute aus allen Kreisen der Bevölkerung gehört werden, vor allem jene, die die Außenpolitik der Regierung mißbilligen.

Das Vorgehen der 28 Parlamentarier ist um so bemerkenswerter, als es sich ausschließlich um Mitglieder der Demokratischen Partei handelt. Es sind also in erster Linie Opponenten aus dem eigenen Lager, mit denen Johnson zu rechnen hat. Im Senat ist man bisher noch nicht soweit gegangen, aber ein großer Teil der bekanntesten und einflußreichsten Senatoren hat in der letzten Zeit öffentlich davor gewarnt, den gegenwärtigen Vietnam-Kurs fortzusetzen, weil er zu einer Katastrophe führen müsse.

Vielleicht charakterisiert nichts besser die gefährliche Lage, in die die Welt hineinzurutschen droht, als die Worte, die der höchst konservative demokratische Senator *Gore* (Tennessee) aussprach: „Es scheint mir, daß unser Land in Vietnam das Schicksal herausfordert, das zu der größten Tragödie führen kann, die unser Land je erlebt hat.“

Visionen von einem sozial-gerechten Staat

Im Juniheft 1965 der *Quelle* hat *Hans Dohrenbusch*, Chefredakteur des *Aufwärts*, über die Eindrücke berichtet, die er in den letzten Monaten auf den Jugendkonferenzen dreier DGB-Gewerkschaften — der IG Druck und Papier, der IG Metall und der Deutschen Postgewerkschaft — gewonnen hat. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Betrachtungen möchten wir den Aufsatz von Hans Dohrenbusch auch unseren Lesern zugänglich machen:

„Diese jungen Menschen, alle im Arbeitsprozeß stehend, haben nichts von jener Ro-

mantik an sich, die einst die deutsche Jugendbewegung beherrschte. Sie wissen, wer Internationale Mailand und Real Madrid, wie der Tabellenstand der Bundesliga ist, sie wissen über Jazz Bescheid und viele von ihnen wissen etwas über die Gruppe 47 und ihre Autoren. Wenn sie im Rhythmus von zwei bis drei Jahren zu ihren Jugendkonferenzen zusammenkommen, um über die vergangene Arbeit zu diskutieren und für die kommende die Richtlinien festzulegen, dann zeichnet sie vor allem ein sehr waches politisches Interesse aus. Sie gehören zu den 12 vH der deutschen Jugend, von denen Professor *Walter Jaide* in seiner Untersuchung über Werthaltungen und Leitbilder der Jugendlichen sagt, daß sie politisch engagiert sind.

So ist es nicht verwunderlich, daß auf den Konferenzen politische Fragen im Vordergrund stehen. Die jungen Gewerkschafter wissen Bescheid über Deutschlands furchtbare Vergangenheit, und sie wollen nicht, daß so etwas wieder passiert. Aus dieser Grundhaltung heraus verfolgen sie das politische Geschehen in der Bundesrepublik und in der Welt. *Augstein* und *Strauß*, *Adenauer* und *Wehner*, *Höcherl* und *Erler*, *Franco* und *Mao*, *Ulbricht* und *Willy Brandt*, *Nasser* und *Ben Gurion* sind für sie Personenbegriffe, mit denen sie eine bestimmte politische Haltung verbinden. Ihr Urteil ist meist sehr scharf. Pragmatismus lassen sie gerade noch gelten, Opportunismus ist für sie ein Greuel.

Nationalismus ist dieser Jugend fremd. Sie lächeln mitleidig, wenn ihnen jemand mit einem neuen Nationalgefühl kommt. Wenn das Wort Vaterland für sie einen Begriff darstellt, dann heißt er Europa. Was in Vietnam und San Domingo passiert, das verfolgen sie und nehmen leidenschaftlich Stellung. Rassenhaß ist für sie ein unmoralischer Begriff. Spricht man mit diesen Jugendlichen, so ist man immer wieder erstaunt, wie sehr ihr Gefühl sich mit denen verbunden hat, die, gleich welcher Hautfarbe, in der Unterdrückung oder Gefahr (wie Israel) leben. Da ihre Urteile meist moralisch sind, verbieten sich für sie Pluralurteile. Sie sind gegen Befehle, sie wollen diskutieren, sie wollen Einsicht gewinnen. Sie wollen nicht politisch kommandiert werden. Sie wollen auch mit ihren politischen Gegnern, auch mit den Kommunisten, diskutieren. Langanhaltenden Beifall ertete der Vorsitzende des Jugendausschusses der Deutschen Postgewerkschaft, *Hans Busch*, als er zu den jungen Delegierten sagte: 'Warum verbietet man uns, eine Beobachterdelegation nach Algier zu entsenden? Sind wir denen, mit denen wir sprechen wollen, nicht haushoch überlegen? Ist unsere Bundesrepublik, bei aller Kritik, die wir zu üben haben, nicht in vielen Dingen besser als jeder kommunistische Staat? Geht die Welt unter, wenn wir uns am Ostermarsch beteiligen?'

Was berechtigt diese jungen Menschen zu einer solchen Sprache? Nur ihre Jugend? Das wäre Narrenfreiheit. Nun, sie leisten etwas. Wer die Berichte verfolgte, die sie von ihrer Kleinarbeit gaben, bekam einen Begriff davon, wie sehr sie sich für ihre jungen Kollegen im Betrieb einsetzen, sei es als junger Vertrauensmann, sei es als Betriebsjugendvertreter, sei es als Jugendpersonalvertreter. Arbeiten, die aus Idealismus getan werden, wobei sie leider noch oft gegen den Widerstand ihrer älteren Kollegen zu kämpfen haben, die in ihnen eine lästige Konkurrenz sehen oder sie nicht für voll nehmen.

Sie können über Erfolge berichten, nicht nur nimmt die Zahl der jugendlichen Mitglieder in ihren Gewerkschaften zu (so hat zum Beispiel die Deutsche Postgewerkschaft in zehn Jahren die Zahl ihrer Mitglieder unter 21 Jahren von 21 000 auf über 48 000 erhöhen können), sondern sie erobern auch die Vertretungen der Jugend in den Betrieben von Wahl zu Wahl mehr. Es sind nicht weltbewegende Dinge, die sie für ihre jungen Kollegen in den Betrieben durchsetzen, manchmal geht es nur darum, daß die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes eingehalten werden. Oder es geht darum, daß die Jugendlichen wirklich etwas lernen und nicht für Arbeiten verwendet werden, die mit einer Lehrzeit nichts zu tun haben, oder es geht darum, daß für die jungen Menschen Bildungsurlaub gegeben wird. Kurz, sie sind die Wahrer des Jugendrechts in ihren Betrieben. Eine immense ehrenamtliche Kleinarbeit, die das Gefühl der Solidarität unter den jungen Menschen stärkt.

Sie wissen, wie schwer es junge Arbeitnehmer in unserer Bundesrepublik haben, immer wieder erinnern sie sich daran, daß sie über ein Jahrzehnt für ein zeitgemäßes Jugendarbeitsschutzgesetz kämpfen mußten, wie sie heute für ein so bitter notwendiges Berufsausbildungsgesetz, das unserer Zeit entspricht, zu kämpfen haben. Nichts wird ihnen geschenkt. Die arbeitende Jugend ist nach wie vor das Stiefkind der Bundesrepublik.

Auf einer Konferenz wurde unter großem Beifall ein Ausspruch von *John F. Kennedy* (für viele ein Vorbild) zitiert, der besagt, daß junge Menschen Visionen haben sollen, denn ohne Visionen sterbe ein Volk.

Nun, diese Jugend hat vor allen Dingen Visionen von einem sozialen Rechtsstaat, in dem eine andere Wirtschaftsordnung Platz haben müßte, die nicht mehr und mehr die gesamte Wirtschaftsmacht in einzelne Hände übergehen läßt. Sie will nicht, daß die Demokratie durch Notstandsgesetze eingeschränkt wird, sie will nicht, daß in unserem Staat mehr und mehr aufgerüstet wird, sondern sie wünscht, daß man sich auf Seiten der Regierung für die Abrüstung einsetzen soll. Sie will nicht die Einschränkung der Pressefreiheit, sondern die Freiheit der Presse bewahren.

In ihren Gruppen hat diese Jugend sich zu kleinen Gemeinschaften zusammengeschlossen. Sie redet über die politischen Ereignisse, über Literatur und Kunst, sie treibt Sport, macht Musik, bildet Jugendkabarets und Laienspielgruppen, sie tanzt und reist gern und ist fröhlich.

Daß ihr manchmal das Lachen vergeht, dafür sorgen allzu viele Ereignisse in der Politik der Bundesrepublik und der Welt. Und dann erhebt sie ihre Stimme, geht nicht selten auf die Straße und macht ihrer Empörung Luft. Und das ist gut so.

Mir haben diese drei Jugendkonferenzen die Gewißheit gegeben, daß es um den Nachwuchs unserer großen Gewerkschaftsbewegung gut bestellt ist und diese Jugend, wenn sie erwachsen ist, die Visionen von einem sozialgerechten Staat nicht vergessen wird."

Kein Maulkorb für politische Flüchtlinge!

Unter diesem Titel schreibt der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete *Peter Blachstein* in Nr. 22 der *Zeit*:

„Vor einigen Tagen hat ein bekannter algerischer Politiker, der als Flüchtling in die Bundesrepublik kam, eine Pressekonferenz abgehalten. Dabei hat er scharfe Kritik an der diktatorischen Regierungsweise des algerischen Staatschefs Ben Bella geübt und zu den deutsch-arabischen wie deutsch-israelischen Beziehungen Stellung genommen. Darauf hat das Auswärtige Amt in scharfer Form jede politische Betätigung von politischen Flüchtlingen, die in der Bundesrepublik politisches Asyl genießen, als unzulässig erklärt. Jede Äußerung, die die Beziehungen der Bundesrepublik zu anderen Staaten belaste, sei verboten.

Diese Haltung des Auswärtigen Amtes mag für seine Bürokraten bequem sein. Im Interesse der Bundesrepublik und der freien Welt liegt sie nicht. Das Asylrecht sollte nicht nur bedeuten, daß des Verfolgten Leib und Leben geschützt wird. Es sollte ihm auch möglich sein, Verfolgungen, Unterdrückung und Terror im eigenen Land der Öffentlichkeit des Gastlandes und der Welt bekanntzumachen.

Das Gastland muß von politischen Flüchtlingen die Respektierung der Gesetze fordern. Es darf erwarten, daß sich die Gäste nicht in die Politik des Gastlandes einmischen. Die Auseinandersetzung auf dem Boden der Bundesrepublik unter den Angehörigen verschiedener Strömungen des Heimatlandes darf nicht mit ungesetzlichen oder gar terroristischen Methoden geführt werden.

Wir haben einiges erlebt an Mißachtung unserer Gesetzlichkeit und Souveränität durch organisierte Entführung, Attentate und Mord. Das ist unerträglich, und die deutschen Behörden haben alles zu tun, um auch Ausländer

zur strikten Einhaltung der deutschen Gesetze zu zwingen. Ausländer — auch politische Flüchtlinge —, die dazu nicht bereit sind, sollten wissen, daß sie auch die Ausweisung riskieren.

Ein freies Land, das vor nicht langer Zeit selbst eine schreckliche Diktatur erleiden mußte, sollte aber politischen Flüchtlingen nicht den Maulkorb umhängen und sie nicht zu hindern versuchen, für die Freiheit in ihrem Land von unserem Land aus zu wirken. Das mag für die Bundesregierung einige Spannungen zu anderen Regierungen bedeuten, die wir aber aus humanitären und politischen Gründen auf uns nehmen sollten.

So wie das Auswärtige Amt 1965 von den politischen Flüchtlingen in der Bundesrepublik politische Abstinenz fordert, so forderte es auch zu Hitlers Zeiten von den europäischen Nachbarstaaten, den deutschen Flüchtlingen jede politische Tätigkeit zu verbieten. Trotz des massiven Drucks der Reichsregierung haben sich die demokratischen Nachbarn damals nicht zwingen lassen, den deutschen Flüchtlingen den Kampf gegen Hitlers Verbrechen zu verbieten. Als einer, der damals die politische Freiheit seiner Gastländer genoß und zum Kampf gegen den Nationalsozialismus ausnützte, möchte ich nicht verschweigen, daß auch wir damals von den Regierungen um Zurückhaltung gebeten wurden. Wir haben uns um Loyalität gegenüber unseren Gastländern bemüht, aber den Kampf gegen den Nationalsozialismus als unsere ständige Aufgabe nicht verdrängen lassen.

So wie die demokratischen Länder damals Asylrecht und Kampf um die Freiheit als unveräußerliche, demokratische Grundrechte auch der deutschen Emigration sicherten — obgleich ihnen daraus außenpolitische und wirtschaftliche Schwierigkeiten entstanden —, sollte die Bundesrepublik den ausländischen politischen Flüchtlingen politische Freiheit garantieren."

Hinweise

Die Monatsschrift *Atomzeitalter* (Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M.) hat in den letzten Heften wieder eine Reihe besonders lesenswerter Aufsätze veröffentlicht. In Heft 3 sind die Abhandlungen von Thomas C. Schelling, Seymour Melman und Claus Koch zu Problemen der Rüstungsindustrie und den wirtschaftlichen Folgen einer Abrüstung hervorzuheben, ferner ein Erfahrungsbericht „Als Soziologiestudent in der Bundeswehr“ von Wildo Mosen. In Heft 4 und 5 findet sich eine umfangreiche Untersuchung von Ludwig Auerbach über „Management und Ausbildung in der DDR“; über das „Neue Ökonomische System“ in der DDR bringt Heft 5 den ersten Teil einer Abhandlung von Manfred Rexin. Ferner in Heft 4 ein Aufsatz „Tradition und

Kontinuität der deutschen Frage" von Imanuel Geiss sowie Materialien zu den Themen Publizistischer Landesverrat — Automation im graphischen Gewerbe — Erhards „Formierte Gesellschaft"; in Heft 5 eine interessante Betrachtung zu Möglichkeiten einer außerparlamentarischen gesellschaftlichen Opposition in der Bundesrepublik von Heinz Theo Risse.

Vorgänge, die Monatsschrift der Humanistischen Union (Szczesny Verlag, München 9, Geiseltasteigstraße 116) bringt in Heft 4 und Heft 5 wichtige Materialien und Aufsätze zu der Auseinandersetzung um das Konkordat in Niedersachsen, zur Aktion „Saubere Leinwand" und zu anderen Zensurforderungen, zur Notstandsgesetzgebung usw.

Forum (Wien VII, Museumstr. 5) veröffentlicht im Doppelheft Juni/Juli 1965 einen interessanten Versuch: vierzig Autoren — darunter Willy Brandt, Julius Deutsch, Iring Fettscher, Josef Hindels, Norbert Leser, Eduard März, Oswald von Nell-Breuning — definieren in maximal hundert Worten, was nach ihrer Ansicht „Sozialismus heute" ist.

Dem Thema „Beamte heute" hat der *ÖTV-Vertrauensmann* sein Juniheft 1965 gewidmet. Auf ein Geleitwort von Heinz Kluncker folgen mehr als ein Dutzend Aufsätze, von denen die folgenden hervorgehoben seien: Koali-

tions- und Meinungsfreiheit im öffentlichen Dienst (Gerhard Schmidt), Der Beamte und das Parlament (Hermann Schmitt-Vockenhausen), Der Beamte in der öffentlichen Meinung (Werner Behr), Der Beamte in der Gewerkschaft (Henry Lillidi).

Moderne Welt, Vierteljahrszeitschrift für vergleichende geisteswissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Forschung, herausgegeben vom Arbeitskreis für Ost-West-Fragen in Vlotho/Weser, erscheint jetzt im Econ-Verlag, Düsseldorf. Heft 1/1965 bringt vor allem Abhandlungen, „die deutlich machen, daß sich neue Entwicklungstendenzen im kommunistischen Lager nicht nur in allen Ländern des europäischen Ostblocks bemerkbar machen, sondern auch auf allen Wissenschaftsgebieten zu beobachten sind", wie der Herausgeber Prof. Dr. Walter Hildebrandt im Vorwort zu diesem Heft bemerkt. Die einzelnen Themen: Demokratie und Freiheit der Persönlichkeit in der neueren Entwicklung des Sowjetrechts (Klaus Westen) — Marxismus oder Humanismus? Gedanken über die revisionistischen Richtungen kommunistischer Sozialphilosophie (Ervin Laszlo) — Soziologie als Instrument der Politik, Zum Aufbau der Soziologie in der DDR (Peter Christian Ludz) — Das Eigentums- und Erbrecht in der Sowjetunion (Hans Niedermeier). W. F.

BUCHBESPRECHUNGEN

DEUTSCHE PRESSE SEIT 1945

Herausgegeben von Harry Pross. Mit Beiträgen von Helmut Cron, Walter Fabian, Günther Gillesen, Harold Hurwitz, Cordes Koch-Mehrin, Manfred Kötterheiridi, Helmut Lindemann, Karl Pawek, Fritz Sänger, Richard Schmid, V. O. Stomps. Scherz Verlag, Bonn und München 1965. 256 S., Ln. 17,80 DM.

Die Presse in ihrer vielfältigen Gestalt hat vermöge ihrer Einwirkungsmöglichkeit im guten wie im schlechten eine gewaltige Bedeutung. Deshalb ist dem Herausgeber *Harry Pross* zu danken, daß er im vorliegenden Buch namhafte Mitgestalter dieses Einwirkungsmittels zu einer umfassenden Darstellung der Materie vereinigt hat. Die Persönlichkeiten, die hier zu Wort kommen, haben nicht alle die gleiche Meinung in allen Fragen, aber im Kern stimmen sie überein: Die Presse hat die Aufgabe, ihre Leser sachlich zu informieren und sie zum eigenen Nachdenken, zur eigenen Urteilsfähigkeit anzuregen. Und: die Presse- und Meinungsfreiheit muß unangetastet bleiben! Unter diesem Aspekt legen die Autoren nicht nur dar, welche bedeutenderen Presseerzeugnisse es in der Bundesrepublik bzw. in ihren

verschiedenen Teilen gibt. Sie machen auch kritische Anmerkungen und sind bemüht, die speziellen Eigenarten und Aufgaben der von ihnen jeweils behandelten Gattung herauszustellen.

Harold Hurwitz schildert in kritischer Weise die unterschiedliche Pressepolitik der Alliierten der Westzonen in den ersten Nachkriegsjahren, *Koch-Mehrin* die Presse der sowjetischen Besatzungszone. *Kötterheirich* behandelt die Gefahren einer zu weitgehenden Konzentration der Presse. *Fritz Sänger* referiert über die Nachkriegsagenturen, wobei ihm seine langjährige Erfahrung als Leiter von dpa zugute kommt; er legt großes Gewicht auf die Frage der Nachrichtenauswahl und die Notwendigkeit des eigenen gründlichen Wissens der verantwortlichen Redakteure.

Günther Gillesen schreibt über die Tageszeitungen und setzt sich dabei u. a. mit den Gefahren des Werbefernsehens für diese Zeitungen auseinander, zeigt aber auch Vorteile auf, die die Zeitungslektüre gegenüber dem Fernsehen bietet. Er meint, schlechte Zeitungen müßten um der Meinungsfreiheit willen in Kauf genommen werden. Der Leser habe durch Kaufen oder Nichtkaufen die Entscheidung über die Existenz der Presse in der Hand. Hierbei allerdings unterbewertet er wohl die

finanzielle Bedeutung der mehr oder weniger glückenden Inseratenwerbung und unterläßt den Hinweis darauf, daß auf dem Gebiet der sonstigen Erziehung der Menschen noch viel nachzuholen ist.

Walter Fabian weist in seinem Beitrag über die Wochenzeitungen darauf hin, daß diese, die zusammen mehrere Millionen Leser erfassen, dank auch einer ruhigeren Vorbereitungszeit, als sie den Tageszeitungen zugemessen ist, ein ganz besonders wichtiger Faktor der richtigen Orientierung und Meinungsbildung sind. Er beschäftigt sich ausführlicher mit dem Kulturteil dieser Zeitungen („Die Zeit“ u. a.) und mit der Bedeutung einer ausführlicheren Besprechung von politischen Büchern. Er regt an, in stärkerem Maße als bisher auch Diskussionen der Wochenzeitungen untereinander zu pflegen.

Pawek schreibt über die Boulevardpresse und die weitverbreiteten illustrierten Zeitschriften, *V. O. Stomps* über literarische und Kunstzeitschriften.

Einen anderen Charakter haben die Beiträge von *Helmut Cron* „Der Journalist und seine Verbände“ und von *Helmut Lindemann* „Die Rolle der freien Publizisten“. Hier wird von den Personen gesprochen, die die Presseerzeugnisse herstellen. Beide Autoren ziehen auch Vergleiche mit der Zeit vor 1933. *Cron* hebt u. a. hervor, daß es auch heute nicht auf den Hochschulabschluß ankomme, sondern vor allem auf die Berufsbegabung. Er würdigt die Rolle des Presserates, der gegen gewisse Tendenzen zur staatlichen Reglementierung entstanden ist und sich allgemein, auch bei den in Frage kommenden Behörden, Achtung erworben hat. Leider konnte *Cron* sich einen Seitenhieb auf die Deutsche Journalisten-Union in der IG Druck und Papier nicht verkneifen.

Lindemann unterscheidet die freien Publizisten von den Journalisten-Redakteuren, die zum Teil nur redigieren, was andere geschrieben haben. Der Publizist wolle durch eigene Arbeiten in besonderem Maße in die Öffentlichkeit hineinwirken. *Lindemann* weist auf die Schwierigkeit hin, heute keinen solchen zentralen Ausgangspunkt zu haben, wie es früher einmal Berlin war. Er meint, der freie Publizist müsse unabhängig von jeder Partei bleiben, weil er kompromißlos auszusprechen habe, was er sich selbst als eigene Meinung erarbeitete. *Lindemann* bedauert, daß es in der Bundesrepublik kaum solche Kolumnisten gebe, wie beispielsweise *Walter Lippmann* und andere in den USA. Ein besonderes Lob erfährt der Herausgeber der „Nürnberger Nachrichten“, *Joseph E. Drexel*, der als Ausnahme unter den Verlegern selbst ein echter Publizist sei.

Den Abschluß des informationsreichen, anregenden Buches bildet ein Aufsatz von Überlandesgerichtspräsident a. D. *Richard Schmid*

„Wie frei sind Meinung und Meldung heute?“ Dieser Beitrag ist sehr kritisch, weil Demokratie und verantwortungsvolle Freiheit bei uns noch immer ein sehr junges Pflänzchen sind. *Schmid* wendet sich gegen die Untugend, in bezug auf Meinungs- und Pressefreiheit nur mit Begriffen zu jonglieren. Die Zuständigkeit der Grundrechte gelte für jeden, auch für den Journalisten. Lediglich Verleumdungen und ehrenrührige Behauptungen dürften unter Strafe stehen. Breite öffentliche Diskussionen seien Pflicht, weil die größte Gefahr für die Freiheit ein träges Volk sei. Toleranz gegenüber Andersdenkenden, „demokratische Kultur“ sei die Grundlage, damit freie Meinungsäußerung wirksam werde. *Schmid* bringt Beispiele einer schlechten Rechtsprechung in dieser Beziehung und sieht schon in der Formulierung „öffentliche Aufgabe der Presse“ die Gefahr möglicher Gleichschaltung. Damit werde das Grundrecht der freien Meinungsäußerung zu leicht abhängig gemacht von der Erfüllung einer Aufgabe oder einer Organfunktion. *Schmid* erwähnt auch das Problem des juristischen und materiellen Verhältnisses des Journalisten zu seinem Verleger. *Irmgard Enderle*

GERHARD MÖBUS

DIE POLITISCHEN THEORIEN VON DER ANTIKE BIS ZUR RENAISSANCE

Politische Theorien Teil I — Die Wissenschaft von der Politik, Bd. 7, Herg. von den Professoren Dr. O. K. Flechtheim und Dr. O. H. von der Gablentz in Verbindung mit Prof. Dr. Hans Reif im Auftrage des Otto-Suhr-Instituts an der Freien Universität Berlin (vormals Deutsche Hochschule für Politik). Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1964. 303 Seiten, kart. 19,80 DM.

A L F R E D S C H A E F E R

DAVID HUME — PHILOSOPHIE UND POLITIK

Monographien zur philosophischen Forschung begründet von Georgi Schischkoff, Bd. 34. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan, 1963. 186 S., kart. 17,30 DM.

Die zweite, erweiterte Auflage des zuerst 1958 unter dem Titel „Die politischen Theorien von den Anfängen bis zu Machiavelli“ erschienenen, primär als Hilfe für Unterricht und Studium gedachten Bandes von *Möbus* enthält jetzt außer Texten von Piaton, Aristoteles, Polybios, Cicero, Augustinus, Thomas von Aquin, Thomas Morus und Machiavelli auch Auszüge aus den Schriften von Herodot, Thukydides, des zu den Sophisten gerechneten Anonymus Iamblich, von Tertullian, Johannes von Salisbury, Dante, Marsilius von Padua, Wilhelm von Ockham, Niko-

laus von Kues und Erasmus von Rotterdam. Damit tritt jene faszinierende Epoche des späten Mittelalters stärker hervor, in der eine neue Skepsis gegen die etablierten Autoritäten den Grund aufwühlte, aus dem dann die Renaissance erwuchs. Liegt es an der Zielsetzung des Bandes, der eher Wissen vermitteln will als daß er zum Mitdenken anregte, oder liegt es an dem Ansatz von Möbus, der ausdrücklich die Geschichte der Wissenschaft von der Politik nicht erst mit Machiavelli anheben läßt, daß trotzdem so wenig von dem Dynamit spürbar wird, der das geistige Leben des späten Mittelalters erschütterte? Obwohl der Verfasser betont, daß der „geistigen Einordnung des Politischen eine Lehre vom Menschen vorausgeht, sei es als philosophische oder als theologische Anthropologie“ (S. 15), läßt seine Einführung nicht im geringsten erkennen, wie beispielsweise die erkenntniskritische Position des Nominalisten Wilhelm von Ockham, der nur den Individuen, nicht aber umfassenden Begriffen Realität zugesteht, seiner politischen Stellungnahme für die Trennung von Kirche und Staat korreliert. Daß damit eine Loslösung der Politik aus einem umfassenden System der Ethik vorbereitet wird, geht in der Darstellung von Möbus ebenso verloren wie die Ungeheuerlichkeit der Dimension dieser Trennung, an deren Ende die Lehre von der Politik als eine Lehre von der Manipulation der Gesellschaft ersteht. Politische Philosophie und Wissenschaft von der Politik gleichzusetzen erweist sich als wenig fruchtbar.

Was eine Zusammenschau von Philosophie und Politik zu leisten vermag, zeigt *Schaefer's* Schrift über *David Hume*. Sie versucht die in den diversen Werken des auch politisch engagierten Philosophen dargelegten Gedanken nicht so sehr in ein System zu bringen als vielmehr deren des öfteren unexakte Terminologie verständlich zu machen. Hume spezialisierte den Nominalismus Ockhams dahingehend, daß umgreifende Allgemeinheiten, wie soziale Klassen und Institutionen zwar nicht als Ein-Drücke greifbarer Tatsachen bestehen, sie als Vorstellungen und Denkgewohnheiten jedoch durchaus Wirklichkeit gewinnen. Wie modern Hume noch heute ist, ruft *Schaefer's* Darstellung fast Seite für Seite ins Gedächtnis. Der Schotte enthüllte, wie Ideologen darin geübt sind, „die allgemeine Aufmerksamkeit auf die metaphysischen Prinzipien zu konzentrieren, die für Voraussetzungen ihrer politischen Meinungen ausgegeben werden“ (S. 144). Seine Skepsis richtete er schließlich nicht nur gegen das Naturrecht, sondern gegen die politische Philosophie überhaupt, an deren Stelle er eine praktische Politik (*science of politics*) setzte, die so weit ging zu raten, eine an und für sich wahre Idee zur Vermeidung von Unruhen nicht populär werden zu lassen. Damit macht *Schaefer* auf

eine fatale Konsequenz des Humeschen Positivismus aufmerksam. Indem er wie Machiavelli vor ihm die politische Theorie auf den Boden der Empirie zurückholte, lieferte er zugleich die Waffen, die Jahrzehnte 'später dazu dienten, die Angriffe von Paine, Godwin, Spence u. a. auf Staat und Eigentum in Schach zu halten. Deutlicher läßt sich die „Dialektik der Aufklärung“ kaum machen, als es hier am Beispiel Humes geschieht. Ausgerechnet die Befreiung des Menschen von der Metaphysik etabliert das Arsenal, ihn manipulierbar zu machen.

Hermann Meier-Cronmeyer

DIE RUSSISCHE INTELLIGENTSIA

Herausgegeben von Richard Pipes. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1962. 230 S., 9,80 DM.

Beschaffenheit und Aussichten der russischen „Intelligentsia“ sind Untersuchungsgegenstand einer 1960 in den USA erschienenen Aufsatzsammlung, die nun dankenswerterweise auch in deutscher Übersetzung zugänglich ist.

Die Verfasser der einzelnen Beiträge behaupten nicht, wie *Pipes* für sie im Vorwort bekennt, das ihnen gestellte Problem erschöpft oder auch nur umrissen zu haben. Doch gelang es ihnen durchaus, dem Leser wichtige Informationen über die Rolle der Intelligentsia im vorrevolutionären und in Sowjet-Rußland zu geben.

Hierbei standen die Autoren vor der Schwierigkeit, daß eine präzise und allgemeingültige Antwort auf die Frage „Was ist ‚die russische Intelligentsia‘ oder überhaupt ein ‚Intellektueller‘ oder ein ‚Intelligenzler‘?“ nicht gegeben werden kann, zumal westlichen Forschern der direkte Zugang zu der heutigen russischen Intelligentsia verwehrt ist.

Wie bei solchen Sammelbänden nicht anders zu erwarten, ist der Wert dieser Aufsätze unterschiedlich. *Martin Malta* gibt einen knappen und doch inhaltsreichen Überblick über die vorrevolutionäre Intelligentsia. *Leonhard Schapiro* und *Boris Elkin* untersuchen das Verhältnis dieser Gruppe zur bürgerlichen Ordnung. Schapiro hält die „kommunistische Autokratie“ für das Resultat einer Entwicklung, die das Stadium des bürgerlichen Kapitalismus übersprang. Seiner Ansicht nach lehnte die radikale Intelligentsia Recht und Ordnung ab, war ihre Haltung weniger von Vernunft als von moralischer Entrüstung bestimmt. Anderer Auffassung ist jedoch Elkin: Die Mehrheit der Intelligenz wünschte wirklich nur die Herrschaft des Rechtes. Eine Verständigung mit der Monarchie sei nicht möglich gewesen, denn: „Für einen Kompromiß sind zwei Par-

teien nötig, und *Nikolaus II.* war niemals bereit, einen Kompromiß mit den Gegnern der Autokratie zu schließen". Die unterschiedliche Betrachtungsweise Schapiros und Elkins zeigt sich auch in der Beurteilung des gemäßigten bürgerlichen Politikers *Tschitscherins*. Schapiro nennt ihn einen „hervorragenden liberalen Juristen und Philosophen“, Elkin einen „alten Starrkopf“. Abgesehen von dem erfreulich unakademischen Stil hat den Rezensenten auch inhaltlich der Beitrag Elkins mehr beeindruckt als der Schapiros.

Richard Pipes, Leopold Labedz, David Burg, Leopold Haimson, Max Hayward, David Joravsky und *Gustav Wettet* befassen sich mit der sowjetischen Intelligentsia. Stellt Pipes ihre Geschichte dar, so untersucht Labedz ihre Struktur an Hand sowjetischer Quellen. Auf dem Hintergrund persönlicher Erlebnisse erzählt David Burg vom Verhalten sowjetischer Universitätsstudenten gegenüber politischer Probleme. Burg fällt der Zwiespalt zwischen der täglichen Arbeit und der Ideologie vieler Komsomolzen auf. Er behauptet: „Eine solche Situation mag unglaublich erscheinen und sie wäre in der Tat dort undenkbar, wo die Freiheit der Meinung und der Diskussion existiert“. Wieso? Burg lebt doch schon mehrere Jahre in Westeuropa. Sollte er wirklich nicht bei seinen westeuropäischen Altersgenossen eine ähnliche Diskrepanz zwischen Ideologie und Wirklichkeit beobachtet haben? Das würde gegen seine Beobachtungsgabe sprechen. Was sollen wir aber dann von seinem Erfahrungsbericht über die sowjetischen Studenten halten?

Heimson und Hayward schreiben über die „Bewältigung“ der stalinistischen Vergangenheit, wie sie im Generationenkonflikt und in den Werken sowjetischer Schriftsteller Ausdruck findet.

Aufschlußreich sind Joravskys und Wetters Beiträge über das Verhältnis von Naturwissenschaften und offizieller Ideologie in der Sowjetunion. Joravsky spricht von einer zyklischen Wechselwirkung zwischen Naturwissenschaften und sowjetischem Marxismus, dergestalt, daß Zeiten der Zusammenarbeit mit solchen der Konflikte abwechseln.. Als Philosophie der Naturwissenschaften hätte der sowjetische Marxismus früher die Funktion eines unfertigen Glaubens streitbarer Ideologen und einer Geißel für verdächtige Wissenschaftler gehabt. Es ist gut, daß Joravsky hier vom „sowjetischen Marxismus“ spricht, denn *Marx* selbst hatte durchaus nicht die Absicht, eine Philosophie der Naturwissenschaften zu entwickeln. Diesen Versuch unternahmen vor Lenin lediglich *Engels* und *Kautsky*. Wetter glaubt aus der Tatsache, daß die Partei den Streit zwischen den Mitschurin-Anhängern und ihren Gegnern bisher nicht liquidierte, schließen zu dürfen, „daß sich

langsam auch innerhalb der Partei die Erkenntnis Bahn bricht, daß wissenschaftliche Kontroversen nicht mit ideologischen Mitteln, und viel weniger durch Parteibeschlüsse zu lösen sind“.

Im letzten Aufsatz untersucht *Benjamin Schwartz* schließlich die Intelligentsia im kommunistischen China. Er bringt interessante Vergleiche zwischen westeuropäischen Intellektuellen und der sowjetischen Intelligentsia, um so eine Ausgangsbasis für eine Gegenüberstellung der sowjetischen und der chinesischen Intelligentsia zu gewinnen.

Insgesamt darf man dieses Buch wohl als einen gelungenen Versuch ansehen, über die soziale Funktion und die historische Mission der Intellektuellen in der Sowjetunion zu orientieren.
Dr. Wilfried Gottschalch

RÉMY CHAUVIN TIERE UNTER TIEREN

Staat und Gesellschaft im Tierreich. Scherz Verlag, Bern - München - Wien 1964. 292 S., Ln. 19,80 DM.

Der Entomologe Rémy Chauvin, Direktor der französischen Forschungsanstalt für Bienenkunde, unternimmt es, seine Leser über die Zivilisation der staatenbildenden Insekten zu unterrichten und die Unterschiede in ihrem und dem menschlichen Verhalten herauszuarbeiten. Es ist „zweifelloso gerechtfertigt“, so schreibt er, „in bezug auf die Insekten von einer Zivilisation zu sprechen, wenn man darunter die Entwicklung hochkomplizierter sozialer Mechanismen, die gemeinsame Bewältigung von Aufgaben, die methodische Aufzucht des Nachwuchses durch die Gemeinschaft und die Aufteilung der Arbeit auf bestimmte Untergruppen versteht. Allerdings bedient sich der Mensch, um zu den gleichen Ergebnissen und noch weit darüber hinaus zu gelangen, ganz anderer Methoden. Dieser Unterschied in den Methoden ist übrigens das interessanteste Thema der insektensoziologischen Forschung. Im Insektenstaat geht das Einzeltier ganz und gar in der Gemeinschaft auf, während sich bei den menschlichen Gemeinschaften eine Absorption des einzelnen nur andeutungsweise findet.“

Er fragt, warum die Insekten, die 80 vH aller Tierarten stellen, die zu den ältesten Lebewesen der Erde gehören (die Termiten entwickelten sich vor 200 Millionen Jahren, den homo sapiens gibt es erst seit 150 000), warum sie es nicht waren, die zu Herren der Erde wurden, sondern der Mensch? „Manchmal glaubt man, daß den Insekten nur noch ein kleiner Schritt fehlte.“ Der Beantwortung dieser Frage gilt über die Hälfte des Buches, in

dem der Autor die Insektenstaaten der Bienen, Wespen, Ameisen und Termiten beschreibt und die Probleme darstellt, die sich aus der Unmöglichkeit dieser Lebewesen, als Einzelwesen zu existieren, ergeben.

Chauvin macht uns nicht nur mit seinen eigenen Forschungen bekannt. Er kennt Methodik und Materie seiner Disziplin so genau, daß er mühelos die Forschungsergebnisse einer Reihe von Entomologen darlegt, so die des Nobelpreisträgers Karl v. Frisch, „des größten Biologen seit Pasteur“, der für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Bienenforschung den Nobelpreis erhielt.

Aber er will noch mehr, nämlich die „völlig außerhalb unserer Menschenwelt liegenden Tiergemeinschaften, die Insektenstaaten, mit den lediglich ‚paramenschlichen‘ (jedoch keineswegs ‚antimenschlichen‘) Gemeinschaften der Vögel und Primaten“ vergleichen. Der Teil des Buches, der sich mit ihnen, den Vögeln und Primaten, beschäftigt, verrät jedoch, daß Chauvin Entomologe ist; „irgendwie enttäuschen mich die Wirbeltiere; sind sie doch im Vergleich mit den Insekten in meinen Augen zu einfach, in ihren Lebensgemeinschaften zu primitiv“, sagt er selbst. Trotzdem ist auch dieser Teil des Buches insofern anregend, als er bisher nur in der Fachwissenschaft bekannte Forschungsergebnisse beschreibt.

Es ist kein ausschließlich wissenschaftliches Buch, aber das will es auch nicht sein. Chauvin informiert in flüssigem Erzählstil über die Arbeitsweise der Verhaltensforscher, so daß der interessierte Laie einen Einblick gewinnen kann.

Die Übersetzung von *Alfred P. Zeller* hat dem Text seine Lesbarkeit und Allgemeinverständlichkeit erhalten

Annemarie Zimmermann

JOSEF LUITPOLD

DIE GROSSE WARNUNG

Band II des Gesamtwerks „Das Sternbild“. Europa-Verlag, Wien, 464 S., Ln. 24,50 DM.

Der 80. Geburtstag dieses österreichischen Arbeiterdichters rückt näher. Im Frühjahr 1966 wird dann das Gesamtwerk in fünf Bänden vorliegen. Band I („Glitzert, Plejaden!“) wurde hier bereits ausführlich besprochen (GM Heft 6/1965). Der kürzlich herausgekommene zweite Band ist ebenso prächtig ausgestattet wie „Glitzert, Plejaden!“. Hervorzuheben sind die Illustrationen von *Alfred Kubin*, *Frans Masereel* und *O. R. Schatz*. Auch dieser umfangreiche Band enthält zwei Bücher: „Herz im Eisen“ (Politische Lyrik und Antikriegsgedichte) und „Der Schrei der Opfer“ (Erzählungen und Essays über Flücht-

lings- und Emigrantennot, über Verfolgung und Unterdrückung und Opferung des Menschen).

Viel Bitterkeit, viele Anklagen und nur selten Trost findet der Leser in diesem Buch. Ist das die Schuld des Dichters? Nein, er spiegelt in seinem Werk eine Welt, die noch schlimmer, noch gefährdeter ist, als es im Wort, im Gleichnis ausgedrückt werden kann. „Wenn euch mein Angesicht mißfällt, gedenkt, ich litt in arger Welt“, sagt Luitpold in einem der Gedichte.

In der Einleitung von *Ernst Mayer* steht der treffende Satz: „Josef Luitpold war und ist die Armut kein ‚großer Glanz von Innen‘ (*Rilke*), sondern ein lebenslanger Anlaß, sie uneingeschränkt als jenes Übel zu bekämpfen, das den Menschen der angeborenen Würde beraubt.“ Mit dem Wort des Dichters kämpft Josef Luitpold an gegen Armut und Unrecht, gegen Gewalt und gegen Unwissenheit und Unterwürfigkeit der Menschen. Und wiederum überzeugt Luitpold durch Sprachkraft und Formsicherheit. Der Rahmen einer knappen Rezension erlaubt leider nicht, Beispiele dafür anzuführen.

Walter Köpping

WALTER BAUER

DER WEG ZÄHLT, NICHT DIE HERBERGE

Prosa und Verse 1928—1964. Ernst Tessloff Verlag, Hamburg 1964. 480 S., Paperback 14,50 DM.

Als 25jähriger Leuna-Arbeiter erregte Walter Bauer Aufsehen mit seinen ersten Gedichten („Kameraden, zu euch spreche ich“). Unverfälscht und packend hatte er Arbeitserlebnis, Gefahren, Unfälle und auch das Aufbegehren der Arbeiter literarisch fixiert. Andere Gedichte zeugten für die brüderliche Liebe der Arbeiter, für ihre Hoffnungen und Sehnsüchte. — Bis 1933 legte Bauer vier Bücher vor, die die deutsche Arbeiterdichtung bereicherten und die für die Zukunft viel versprachen. Brutal zerstörten die braunen Machthaber diese künstlerische Hoffnung. Bauers Bücher wurden verboten.

Nach 1945 veröffentlichte Walter Bauer in rascher Folge Gedichtbände (u. a. „Mein blaues Oktavheft“, 1953), Romane (u. a. „Besser zu zweit als allein“, 1950), Hörspiele und Biographien („Die langen Reisen“, „Die Sonne von Arles“, „Folge dem Pfeil“). 1952 verließ Bauer als ein Enttäuschter die Bundesrepublik und begann in Kanada als Holzfäller, Tellerwäscher, Gelegenheitsarbeiter ein neues Leben. Warum ging er? „Ich wollte nicht vor Scham, Ekel, Zorn und Resignation ersticken“, schrieb er einem Freunde. „Das Morgenrot, das wir erhofften, ist nicht gekom-

men. Restauration und Reaktion sind im Begriff, die Plätze einzunehmen." Als 50jähriger begann er wieder da, wo er als junger Mensch stand: als Arbeiter. Und er blieb, was er stets war, ein Freund der Armen und Gemühtigen. Dafür sind viele seiner Gedichte, die er in Kanada schrieb, Beweis.

Walter Bauer, inzwischen 60 Jahre alt, ging seinen Lebensweg ohne Brüche und Winkelzüge. Und so überrascht es nicht, daß Themen und dichterische Deutungen im Frühwerk und im Spätwerk weithin übereinstimmen. In der Handhabung der künstlerischen Mittel wurde er freilich sicherer und vielseitiger. Sprachlich gerafft und pointiert sind seine letzten Gedichte. Damals wie heute ist für Walter Bauer auch das Verborgene, das Unaufällige, das Alltägliche groß und beachtenswert. Und immer wieder mahnt er zu Nächstenliebe und Frieden:

*Heute sah ich
auf einem Lastwagen Kühe,
die zum Schlachthof gefahren wurden;
ruhig rauchte der Fahrer am Lenkrad.
So führen wir zur Front, und
ruhig rauchte der Fahrer am Lenkrad.
Später wurden wir zurückgebracht,
dezimiert, wie man sagt, erheblich sogar,
und zu wohlverdienter Ruhe für das Ende.
Ein anderer Fahrer saß ruhig rauchend
am Lenkrad.*

Walter Bauer blieb stets der Arbeiterbewegung verbunden. Das Einleitungsge-dicht zu „Stimme aus dem Leuna-Werk“ (1930) schließt er bescheiden mit den Worten: „ . . . dein unbekannter Zeitgenosse W. B.“ Kennzeichnend für ihn und sein Werk sind andere Zeilen aus diesen Jahren: „ . . . ich will dich aufsuchen in den Bergwerken, mein Bruder, / und berichten, wie du leidest und lebst mein Bruder, / ohne zu beachten, ob es schön klinge und Reim werde . . .“ 25 Jahre später schreibt er in einem Brief aus Kanada: „Hier bin ich niemand — everybody —, der wie alle im ‚streetcar named Jane Bloor‘ fährt, in einem lunch-room ißt, von keinem angesehen, von keinem gefragt, was das nächste Buch macht — und das empfinde ich als wohltuend.“ Und in einem Gedicht aus der letzten Zeit berichtet er von den Menschen, die mit ihm im gleichen Viertel in Toronto wohnen. Es sind Verkäuferinnen, Arbeiter, Boten, Hausfrauen, Polizisten:

*. . . sie belehren mich, ohne viel zu sagen.
Ich ziehe sie allen Kongressen vor. Sie sind
Freunde und Berater.*

Leider ist Walter Bauer heute bei uns fast unbekannt. Was wir verlieren würden, wenn wir ihn und sein Werk vergäßen, das zeigt der von Ernst Tessloff vorgelegte Auswahlband. Er ermöglicht uns erneut eine Begegnung mit Walter Bauer. Sie wird jeden, der

diese Begegnung sucht, reicher machen; er wird aus dem Werk Bauers Einsicht und Zuversicht und Trost gewinnen.

Walter Köpping

IDEOLOGIE

Ideologiekritik und Wissenssoziologie. Herausgeg. und eingeleitet von Kurt Lenk. Soziologische Teste Band 4, Luchterhand Verlag, Neuwied am Rhein und Berlin, 2. durchgesehene und wesentlich erweiterte Auflage 1964. 416 S., Ln. 28 DM, Studienausgabe 13 DM.

DER HERRSCHAFTSVERTRAG

Übersetzungen von Peter Badura und Hasso Hofmann, herausgegeben von Alfred Voigt, Luchterhand Verlag, Neuwied am Rhein und Berlin 1965, 249 S., Ln. 28 DM.

Der Ideologiebegriff ist mittlerweile in den Wortschatz der Umgangssprache eingegangen. Eduard Spranger schrieb 1954: „Nur selten noch ist die Rede von politischen Ideen und Idealen, hingegen sehr viel von politischen Ideologien.“ Doch besteht keine Einigkeit darüber, was Ideologie heißen soll und was Ideologien sind. Übereinstimmung herrscht wohl lediglich in der Auffassung, daß Ideologien etwas mit der realen geschichtlichen Bewegung der Gesellschaft zu tun haben. Immerhin lassen sich bestimmte Tendenzen im Gebrauch des Ideologiebegriffs beobachten. Machen die konservativen Positivisten den „Zusammenhang zwischen sozialer Seinslage und Sicht“ (Karl Mannheim) zum Gegenstand der Ideologieforschung, so gilt den Anwendern der kritisch-historischen Theorie der Gesellschaft in der Nachfolge von Karl Marx jenes Denken als ideologisch, das ein falsches Bewußtsein von der gesellschaftlichen Wirklichkeit hat. Halten also die kritischen Aufklärer an der Möglichkeit einer der Wahrheit mächtigen Vernunft fest, so wird für die Schüler von Karl Mannheim Seinsverbundenheit identisch mit mangelnder Objektivität. Ist für die einen der Ideologiebegriff eine Waffe im Kampf um die Aufhebung gesellschaftlicher Antagonismen, wird er für die anderen ein neutrales Instrument soziologischer Forschung.

Wer sich für diese Funktionswandlungen des Ideologiebegriffs interessiert, wird dankbar zu der vorliegenden Auswahl von Arbeiten zum Ideologiebegriff greifen, denen Kurt Lenk eine ausgezeichnete Einleitung beigegeben hat, die zu dem oben flüchtig skizzierten Gedankengang führt. Die Reihe der Autoren reicht von Francis Bacon bis Leszek Kolakowski. Neu hinzugekommen sind in der 2. Auflage Pareto, Mosca, Adorno, Blum, Goldmann, Horkheimer und H. Marcuse.

Bei Durchsicht der inhaltsreichen Sammlung stößt man auf einen Auszug aus Georg

Lukacs' „Gesuchte und Klassenbewußtsein“. Demnächst erscheint dieses Buch in der Gesamtausgabe seiner Werke. Lukacs zögerte lange, der Neuaufgabe zuzustimmen. Gewiß: er hat sich von diesem Buch distanziert. Doch hat Lukacs sich offenbar dankenswerterweise die Auffassung von *Joseph A. Schumpeter* zu eigen gemacht, der sagte, ein einmal publiziertes Buch habe Eigenleben und höre auf, geistiges Eigentum seines Verfassers zu sein. — Ein Lesebuch zur Geschichte der politischen Ideen unter der Fragestellung: Was haben die großen Sozialphilosophen über den Herrschaftsvertrag gedacht? hat *Alfred Voigt* herausgegeben. Seine Textauswahl reicht von *Piaton* bis *Hegel*. Die Lektüre dieses Bandes lohnt sich. Der Kampf zwischen Aufklärungs- und Verhüllungsphilosophen ist so alt, wie das Interesse an der Veränderung und Verteidigung überkommener gesellschaftlicher Verhältnisse, die nur zu oft der Stabilisierung überflüssiger Herrschaft dienen. Die Theorien über den Herrschaftsvertrag werden heute leicht in ihrer politischen Bedeutung verkannt. Man hält sie für bloße Gedankenkonstruktionen und übersieht, daß sie oft wirksame

Werkzeuge waren, tradierte Herrschaft denkender Kritik zu unterwerfen. Schon der Grieche *Alkidamas* sagte, es sei Aufgabe der Philosophen, den Kampf gegen Gesetz und Brauch zu führen (S. 38). Alkidamas war überdies einer der ersten, der für die Beseitigung der Sklaverei eintrat.

Die Einleitung von *Alfred Voigt* gibt einen ersten Überblick über das Buch. Allerdings fehlen nähere Hinweise auf die Beziehungen der Theorien über den Herrschaftsvertrag zur sozialen Entwicklung. Einige Urteile erscheinen mir fragwürdig: War *Machiavellis* Begeisterung für *Cesare Borgia* wirklich „bedingungslos“ oder war sie vielmehr an die Hoffnung geknüpft, *Cesare Borgia* würde tatkräftig für die politische Einigung Italiens eintreten? Und paßte die Staatsphilosophie *Hobbes* so wenig auf das England seiner Zeit, wie das *Voigt* meint? In *Max Horkheimers* Buch „Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie“ kann man das anders lesen. Ähnliche Fragen scheinen mir da und dort angebracht. Sie mindern aber nicht den Wert des anregenden Buches. *Dr. Wilfried Gottschalch*

GEWERKSCHAFTLICHE INFORMATIONEN

Zum erstenmal veranstaltet der IBFG sein jährliches Internationales *Jugendleiterseminar* außerhalb Europas, und zwar in Mexico City, vom 3. bis 16. Oktober 1965. Schon jetzt ist die Teilnahme von 50 Gewerkschaftsjugendleitern aus 25 Ländern gesichert.

Der *Kongolesische Gewerkschaftsbund* FGTK, der dem IBFG angeschlossen ist, bedauerte in einer Erklärung den Beschluß, die ursprünglich für Ende März 1965 vorgesehenen Wahlen im Kongo Leopoldville zu vertagen.

Dr. *Paul Jostock*, dem gemeinsam mit Prof. *Eduard Heimann* der Kulturpreis des Deutschen Gewerkschaftsbundes für 1965 zuerkannt worden ist, starb am 24. April 1965 im Alter von 69 Jahren. Der frühere Präsident des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg hat u. a. folgende Bücher veröffentlicht: „Der Ausgang des Kapitalismus“ (1928), „Der deutsche Katholizismus und der Kapitalismus“ (1932), „Grundzüge der Soziallehre und -reform“ (1946), „Das Sozialprodukt und seine Verteilung“ (1955); sehr wesentlich ist auch *Jostocks* grundlegender Aufsatz „Gibt es noch ein Proletariat?“ in der unter diesem Titel von *Marianne Feuersenger* veröffentlichten Schrift (Europäische Verlagsanstalt Frankfurt a. M. 1962).

Am 18. Mai 1965 ist in Luxemburg im Alter von 67 Jahren *Paul Finet* gestorben, eine der führenden Persönlichkeiten der westeuropäische Gewerkschaftsbewegung. — Als Sohn eines belgischen Stahlarbeiters geboren, wurde *Finet* zunächst Metallarbeiter; seit 1928 war er hauptberuflich im Belgischen Gewerkschaftsbund tätig. Während des Krieges gehörte *Finet* der belgischen Exilregierung in London an, nach Kriegsende wurde er Generalsekretär des Belgischen Gewerkschaftsbundes; 1949 wurde er einstimmig zum Ersten Präsidenten des damals gegründeten IBFG gewählt. Dieses Amt legte er 1951 nieder, um sich ganz den Aufgaben der europäischen Integration zu widmen. Seit 1952 war er Mitglied der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, deren Präsident er zeitweise war.

Am 2. Juni 1965 entschlief nach langem Leiden im Alter von erst 62 Jahren *Pater Dr. rer. pol. Eberhard Welty O. P.*, Dozent für Ethik und Moraltheologie am Generalstudium der Deutschen Dominikaner zu Walberberg. Er veröffentlichte zahlreiche Schriften auf dem Gebiet der katholischen Soziallehre und war Begründer und Herausgeber der im 19. Jahrgang erscheinenden Zeitschrift „Die neue Ordnung in Kirche, Staat, Gesellschaft, Kultur“.

In der Nacht zum 7. Juni 1965 starb in Dortmund im Alter von 87 Jahren *August Schmidt*, der „große alte Mann“ der deutschen

Bergarbeiter. Seit 1903 gewerkschaftlich organisiert, wurde er 1918 Vorstandssekretär der Hauptverwaltung des Bergarbeiterverbandes — der erste Tarifvertrag im deutschen Bergbau trägt seine Unterschrift. Im Dritten Reich verhaftet und verfolgt, gehörte August Schmidt 1945 zu den ersten, die mit dem Neuaufbau 1953 war August Schmidt 1. Vorsitzender der IG Bergbau. Eine Stiftung für die Waisen tödlich verunglückter Bergleute trägt seinen Na-

Ernst Schnabel, Hans Schalk, Will Quadflieg, Maria Wimmer, Boleslaw Barlog, Hannes Messemer — überreichten ihm einen kunstvoll gearbeiteten Ring und eine Urkunde, in der es heißt: „Wir haben uns daran gewöhnt, daß in unserer Zeit die schöpferischen Leistungen der Künstler durch Staat, Gesellschaft und Orgader deutschen Gewerkschaften t Opfer und Anstrengungen jener Persönlichkeiten, die sich um den Brückenschlag vom Künstler zum Publikum bemühen, sollten Jemen, doch nicht ge
Werner Spanehl, Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung *Deutsche Post*, erhielt — ein seltenes Ereignis — zum zweiten Male den Theodor-Wolff-Preis für das beste Feuilleton des Jahres und gleichzeitig für einen Aufsatz über den Ausschwitz-Prozeß eine lobende Erspreise, erlebte eine ungewöhnlic preises 1964.

GEWERKSCHAFTLICHE INFORMATIONEN

Otto Burrmeister, der Leiter der Ruhrfest-über den 50 Künstler — unter ihnen Henry Moore,

MITTEILUNGEN Prof: Dr: *Glsbert Rittig*, 1904 in Falkenau geboren, in Prag aufgewachsen, studierte Staats- und Wirtschaftswissenschaft in **DER REDAKTION** München, lehrte an den Universitäten Heidelberg, Breslau,

Göttingen, dort seit 1951 o. Prof. (Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft, Statistik), Direktor des Volkswirtschaftlichen Seminars und des Versicherungswirtschaftlichen Seminars der Universität Göttingen. Mitglied des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des PV der SPD, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft; veröffentlichte u. a.: „Die Indeterminiertheit des Preissystems“, *Jahrb. f. Sozialwissenschaft*, I 1950, II 1951; „Theoretische Grundlagen der Sozialisierung“, *Schriften d. Vereins f. Sozialpol.* 1950; „Sozialismus heute“ Hannover 1953; Beiträge über „Wirtschaftliche Macht“, „Wirtschaftsrechnung“, „Sozialisierung: Theorie“ im *Hwb. d. Sozialwissensch.*, 1952—62; „Über einige theoretische Hintergründe des Vermögensbildungsplan der IG Bau, Steine, Erden“ in: G. Leber, *Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand*, Dokumentation 3, 1965; „Bemerkungen zur sogenannten Versachlichung der Lohnpolitik“ in: *Gewerkschaft — Wirtschaft — Gesellschaft*, Beiträge zu wirtschaftlichen und sozialen Gegenwartsfragen, Bund-Verlag, Köln 1963.

Dieter Kuhr, Jahrgang 1935, studierte an der Universität Hamburg Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachrichtung Volkswirtschaft. Im November 1963 schloß er sein Studium mit dem Diplom-Volkswirt ab. Seit etwa einem Jahr ist Dieter Kuhr als Redakteur im Bund-Verlag tätig. — Nach Abschluß des Aufsatzes von Kuhr hat sich u. ä. auch der nordrheinwestfälische Kultusminister Prof. Mikat ablehnend zur Aktion „Saubere Leinwand“ geäußert. Verzeichnet sei außerdem, daß ähnliche Bestrebungen in der Schweiz auf den schärfsten Widerspruch der großen demokratischen Zeitungen (z. B. *Tages-Anzeiger* Zürich, 16. 6. 1965) gestoßen sind.

Dr. *Walter Becker*, von dem wir schon mehrfach Aufsätze veröffentlichen konnten, ist Leitender Regierungschrektor in Hamburg.

Der Beitrag von Dr. jur. *Rolf Groß*, Regierungsrat im Hessischen Justizministerium, ergänzt den Aufsatz dieses Autors in Heft 5/1965 der GM.

Dr. *Immanuel Geiss* veröffentlichte soeben in der Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Buch „Gewerkschaften in Afrika“, das demnächst in den GM gewürdigt werden wird (Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1965, 233 S., kart. 19,80 DM).

Unter dem Titel „*Ernst Bloch zu ehren'*“ erscheint in diesen Tagen eine Festschrift zum 80. Geburtstag des Philosophen, mit Beiträgen von Th. W. Adorno, Iring Fetcher, Michael Landmann, Werner Maihofer, Hans Mayer, Paul Tillich, Fritz Vilmar u. a. (Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M., ca. 400 S., Ln. 28,— DM).

Anläßlich des Todes des großen jüdischen Philosophen *Martin Buber* erinnern wir an den in unserer Zeitschrift in Heft 10/1964 veröffentlichten Aufsatz „Martin Buber — ein Denker des Gesprächs und der Begegnung“ von *Gerhard Wehr*.

Der in Ost-Berlin lebende Schriftsteller *Johannes Bobrowski* erhielt den hochangesehenen Schweizer Charles-Veillon-Preis. Die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ haben in einem Aufsatz „Der Lyriker Johannes Bobrowski“ von *Rolf Haufs* (Heft 12/1963) als eine der ersten westdeutschen Zeitschriften auf die Bedeutung dieses deutschen Dichters hingewiesen.